

11. Ägyptens neue Parteien: Konsolidierte Organisationen oder fluide Hierarchien?

Die geschilderten Prozesse der Mobilisierung, Vernetzung und Aushandlung betreffen in einem weiteren Schritt die eventuelle organisatorische Konsolidierung, den Übergang und die Festigung von Netzwerken sowie sozialen Bewegungen zu Parteiapparaten, die in diesem Kapitel nach den Kriterien neo-institutionalistischer Theoriebildung und Theorien von Netzwerkorganisationen als schwach konsolidierte, fluide, heterarchische Apparate analysiert werden sollen (vgl. Kap. II-6). Organisationstheoretische Aspekte aus der Parteienlehre sollen zusätzlich als Hintergrundfolie kontrastierend herangezogen werden, um strukturelle Merkmale einer möglicherweise (fehlenden) Konsolidierung zu beschreiben (vgl. Kap. III-9.2: Abb. 8). Denn Netzwerke und kleinteilige Gruppen bilden den inneren Kern der künftigen Organisationen, entweder indem sie als Netzwerk in die neuen Organisationen diffundieren oder indem einzelne Individuen aus den Netzwerken Teil der neuen Parteiakteur*innen werden. Dieses Amalgam aus Netzwerken, Netzwerken von Netzwerken sowie noch kaum institutionalisierten, sehr offenen Basisgruppen einerseits und entstehenden, ebenfalls schwach institutionalisierten Parteiapparaten andererseits, wird *nicht nur* durch objektive Kriterien wie eine Satzung, eine differenzierte Arbeitsteilung, Koordination, Hierarchie, Delegation, Formalisierung, transparente Finanzierung, innerparteiliche Wahlverfahren oder auch eine territorial-vertikale Gliederung der Organisation determiniert, sondern auch durch eher weiche, informale Kriterien wie Konsensfähigkeit, Loyalität gegenüber der eigenen Organisation und Verbindlichkeit sowohl hinsichtlich der Mitgliedschaft als auch hinsichtlich eingegangener organisationaler Verpflichtungen (Bukow 2013: 49; Preisendörfer 2011: 67) (Kap. II-6). Wie zu sehen sein wird, spielten Konflikte und der Umgang damit, die sich an ideologischen, tagespolitischen oder machtpolitischen Differenzen entzündeten, eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Konsolidierungsprozess dieser Parteien.

Jedoch ist die Erfüllung dieser Kriterien für die Herstellung von organisatorischer Kohäsion und Handlungs- und Konfliktfähigkeit und damit Legitimität unerlässlich, damit die Organisation erfolgreich agieren kann (Preisendörfer 2011: 147f.). Externe Faktoren, wie der institutionelle Rahmen (Parteiengesetz, Verfas-

sung), Umwelterwartungen und die Existenz anderer Akteur*innen sowie der fort-dauernde Transitionsprozess und dessen Determinanten, werden im Folgenden immer dann in den Fokus der Analyse rücken, wenn die objektiven Parameter von Organisationen sowie deren Ausgestaltung betrachtet werden.

Der Hauptanalysefokus wird jedoch darauf liegen, wie Konsolidierung und Institutionalisierung der Akteur*innen verliefen, welche organisationalen Überschneidungen existierten, und ob in diesem Prozess informale Strukturen und Handlungsmuster auf verschiedenen Ebenen der Organisation überwogen und die festeren organisationalen Strukturen dominierten, ob Entscheidungsprozesse in den neuen Parteistrukturen (un-)verbindlich verliefen und drittens, wie sich interne Konflikte auf all diese Prozesse auswirkten.

Zudem soll die Organisationstärke der säkularen Akteur*innen anhand ihrer eigenen Aussagen mit der wahrgenommenen der Muslimbruderschaft bzw. deren Parteineugründung FGP kontrastiert werden. Theoretisch ausgedrückt: Es soll analysiert werden, wieso Organisationen, die denselben Umweltbedingungen unterliegen, höchst unterschiedliche Grade an organisationaler Konsolidierung und Festigung entwickeln und an organisationaler Steuerungsfähigkeit? Dies ist insofern von Interesse, als es uns Einblicke in die Selbstwahrnehmung der Akteur*innen, in die wahrgenommenen (bzw. konstruierten) Organisationskulturen erlaubt sowie Erklärungsansätze dafür liefert, wieso es im Untersuchungszeitraum nicht zu einem breiten Bündnis zwischen verschiedenen säkularen Parteiateilnehmer*innen einerseits und der Muslimbruderschaft andererseits kam.

11.1 Die Vernetzung in Bewegungen

Ausgehend von dem netzwerktheoretischen Theorem, wonach Individuen nicht Ausgangspunkt, sondern Resultat eines Geflechts aus Struktur und Kultur seien, das sich auf die Konstruktion von Identitäten auswirke, die wiederum Vorbedingung für deren positionale Verortung in Netzwerken seien, gilt es nun zu untersuchen, wie diese Prozesse in der Praxis stattgefunden haben (Kap. II-5.3 & 5.4). Ähnlich wie bei kollektiven Prozessen der politischen Identitätsbildung steht auch hier die subjektive Selbsterkenntnis der Identitätsbildung im Zentrum. Eine Person be-/entsteht aus einem Amalgam von Identitätsswitchings in verschiedenen Netzwerkkontexten, denen wiederum Positionen in verschiedenen Netzwerken entsprechen. Diese Positionen konstituieren als Ganzes eine umkämpfte Sozial- und Rangordnung.

Die Analyse der Vernetzungsprozesse ex-post¹ und der Aushandlung der positionalen Ordnungen sowohl auf dem Tahrir-Platz als auch später in den Parteien, muss aber notwendigerweise hinter den theoretischen Erwartungen zurückbleiben, weil eine kommunikative Aushandlung der Positionen, wie sie die Netzwerktheorie erfordert, nicht nachhaltig vollzogen wurde. Vielmehr muss von einem unregulierten Nebeneinander zahlreicher Netzwerke und loser Zusammenhänge gesprochen werden. Zugleich betrifft diese Feststellung eine zentrale Leerstelle der Netzwerktheorie: Zwar sprechen Theoretiker*innen von umkämpfter Hackordnung, jedoch findet die Kategorie Konflikt nur in affirmativ-positiver Art statt – als Modus der Aushandlung, die in jedem Fall gelingt. Ein Scheitern des Netzwerkes scheint nicht vorgesehen zu sein.

Diese Feststellung führt uns und die folgende Analyse zu einer Reihe von Fragen, die hier lediglich als erkenntnistheoretische Schablonen dienen sollen, und nicht explizit beantwortet werden können: Kann ein Netzwerk, das aus immateriellen Sozialbeziehungen gedacht wird, auch aus negativen Beziehungen bestehen, in denen die Bezugnahme auf die anderen Teilnehmer*innen in vorwiegend konfliktiv-destruktiver Manier sich vollzieht, oder ist in einem solchen Gebilde der Netzwerkcharakter aufgehoben, weil eine eventuelle Output-Legitimität des Netzwerkes nicht garantiert ist, es dysfunktional seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden kann, für die es gedacht war? Kurz: Kann man von einem Netzwerk nur dann sprechen, wenn es aus positiven (d.h. nicht konfliktiv-destruktiven) Sozialbeziehungen besteht?

Zunächst gilt festzuhalten und zu trennen: Auf dem Tahrir-Platz folgte die Vernetzung und Aushandlung einer anderen Logik, als später in den Organisationen, die aus dem Platz hervorgingen. Der Tahrir-Platz wird als »Forum«, als »Debatten-Arena«, in der Menschen verschiedenster sozialer Herkunft miteinander ins Gespräch kamen, und auch thematisch alle Tabus fielen, beschrieben (Said 2014). Mit anderen Worten: Es ist von einer sehr starken Politisierung der Menschen auszugehen und auch von einer Verknüpfung ihrer Ideen (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 31, 38, 40).

Diese Debatten drehten sich um inhaltliche Dinge, oder darum, wie man sich auf dem Platz organisieren soll (Sicherheit, Müll etc.), jedoch kaum darum, ob man eine Struktur schaffen sollte, die nachhaltig wirkt. Dies hatte damit zu tun, dass es

1 Der Zeitfaktor ist bei dieser Analyse von großer Bedeutung: Die informale Vernetzung in einer revolutionären Situation ist aus der Literatur oder durch nachträgliche Feldforschung im Prinzip nicht nachzuvollziehen. Nach Meinung des Autors kann nur eine ethnographische Studie in situ diese Prozesse in Detail nachzeichnen. Aus diesem Grund müssen die Ausführungen in diesem Kapitel – soweit sie sich auf Aussagen von Gesprächspartner*innen im Feld in den Jahren 2016 und 2017 beziehen – als nachträgliche Rekonstruktionen Beteiligter betrachtet werden, die notwendigerweise auf einer grobkörnigeren Ebene verbleiben müssen, als eine Ethnographie.

keine Hierarchien oder eine Instanz auf dem Tahrir-Platz gegeben habe, der man sich hätte zuwenden können (ebd.: Absatz 50). Auch eine implizite Entstehung einer Struktur, die sich durch flache Hierarchien auszeichne, sei nur in sehr begrenztem Maße (räumlich und zeitlich) möglich gewesen. Die Leute seien schlicht unvorbereitet gewesen für das, was sie erwartete (Interview – Tahrir-Aktivist, 2017: Absatz 62; Tufekci 2011). Auch Asef Bayat stellt fest, dass die Tahrir-Aktivist*innen improvisieren mussten, weil sie keine vorgefassten Pläne hatten:

»Lacking preconceived plans, the Tahrir activists had to improvise. As they held meetings on January 25 to decide how to proceed, some protesters called out, ›Increase the minimum wage‹, ›Dismiss the interior minister‹, and ›Remove the Emergency Law‹. At 1:45 p.m., the crowd cried ›Freedom!‹; by 3:00 p.m., when the protests had spread throughout the provinces, the calls for ›Irlhal‹ (arab. leave) could be heard. [...] The fundamental question then became where to go from there, what the objectives were, and how to achieve them.« (2017: 161)

Die Netzwerke auf dem Tahrir-Platz hätten keine formalisierten »Entscheidungsfindungsprozesse sowie Repräsentationsmechanismen entwickelt, keine Sprecher*innen oder institutionalisierte Führungsebene gehabt« (Tufekci 2013). Zwar hätten sie rudimentäre Hierarchien ausgebildet und informelle Strukturen entwickelt, jedoch habe es keine Partei oder Gewerkschaft gegeben, die sie kontrolliert hätte (ebd.). Dies erschwerte es den Netzwerken, »kohärente Forderungen und Politikmaßnahmen zu entwickeln, die über eine entschlossene Ablehnung von bestimmten Anführern, Frames oder sonstiges hinausgehe« (ebd.).

Zugleich mache diese Art der Organisierung in horizontalen Netzwerken diese stark, weil sie vom Regime nicht so leicht angegriffen werden könnten, wie eine etablierte Partei oder Gewerkschaft (Tufekci 2011). Der Netzwerkcharakter bleibt ambivalent: Einerseits fehlt den Protestierenden die nötige Konfliktfähigkeit, Erwartungen und Forderungen fehlt es an Einigkeit und Homogenität, andererseits sind sie nicht leicht fassbar für das Regime (vgl. auch Bayat 2017: 162). Dies wird in Wael Ghonims Bericht über die ägyptische Revolution offenbar, in welchem er von seinen Verhandlungen mit den Regime-Generälen berichtet, die von ihm verlangt hätten, die Demonstrant*innen nach Hause zu schicken und er nur mit den Schultern zucken konnte, weil er diese Macht nicht besaß² (2012).

Was die Parteien angeht, so waren Probleme bereits im Vorfeld ihrer Gründung – während der Vernetzungs- und Aushandlungsprozesse – zu beobachten: Unklare und wechselnde politische Positionierungen sowie die Bildung von verfeindeten Flügeln, noch bevor die Parteien gegründet wurden (Interview – Think Tank Dusstur, 2016: Absatz 36, 40).

2 Wael Ghonim ist Internetaktivist und ein prominentes Gesicht der ägyptischen Revolution.

Linke Parteien haben sich hingegen hervorgetan, mit Netzwerken und Organisationen außerhalb der eigenen Partei zu interagieren, indem sie immer wieder auf Gewerkschaften, Jugendbewegungen und Berufsgenossenschaften zugegangen seien, um die Konfliktfähigkeit zu erhöhen (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 99; Jadaliyya 2011b). In der Aktion hat die Vernetzung zumeist geklappt, Streiks für höhere Löhne wurden etwa gemeinsam organisiert oder es wurden gemeinsame Forderungskataloge veröffentlicht, die sowohl mehr Rechte für Arbeiter*innen einfordern als auch politische Standpunkte formulieren (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 82; MENA Solidarity Network 2012a, 2013a) (Kap. IV-10.2.1). Jedoch gab es kaum Übertritte organisatorischer Art bzw. Gewerkschaftsmitglieder, die nach einer gemeinsamen Aktion in die Partei eingetreten wären. Auch ein Zusammenschluss auf organisationaler Ebene, um Netzwerke von Netzwerken zu gründen, blieben zumeist aus (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 36, 38).

In anderen Zusammenhängen kommt eine Art Vernetzung von Eliten zum Ausdruck, der Versuch, die Gründung einer Partei von oben zu orchestrieren, indem verschiedene Individuen aus der oberen Mittelschicht oder Oberschicht sich zusammenschließen, um eine Partei zu gründen. Die aus neopatrimonialen Systemen bekannte Elitenkonkurrenz konterkarierte aber diese Vernetzungsversuche. Bei dem Versuch, eine Partei zu gründen, konnten sich Elitenangehörige oft nicht darauf einigen, wer welche Position übernehmen sollte. Patriarchale Egoismen, Eitelkeiten und Personalismus waren in hohem Maße strukturbestimmend und verhinderten in vielen Fällen die Entstehung einer funktionalen Parteistruktur (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 8).

Diese Versuche tragen ein Strukturmerkmal des neopatrimonialen Systems in sich, das sowohl zu erwarten als auch hinderlich war, demokratische, transparente und nachhaltige Organisationsstrukturen aufzubauen: Während der Vernetzungs- und Aushandlungsphase verliefen Entscheidungsfindungs- und Willensbildungsprozesse von oben nach unten, also umgekehrt zu der Aggregation von Interessen und Willensbildungsprozessen in liberal-demokratischen Parteiapparaten, wo diese Prozesse von der Basis in die Parteispitze laufen.

Prominentes Beispiel ist der Fall des Politologen und Politikers Amr Hamzawy (Ahran Online 2011a). Nachdem er sich mit den angehenden Gründern der Sozialdemokraten überworfen hatte – angeblich hatte er Angst vor einem Übergewicht linker Kräfte in der Partei – gründete er die Partei Freies Ägypten (*misr al-hurriya*)³, die als »sehr schwache und sehr begrenzte Partei« charakterisiert wird, »die bereits bei ihrer Gründung scheiterte« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens,

3 Nicht zu verwechseln mit der Partei der Freien Ägypter (*al-masriyin al-ahrar*) von Naguib Sawires, die zu den ausgewählten Fällen dieser Untersuchung gehört.

2017: Absatz 16; 40). Und tatsächlich spielte sie im weiteren Transformationsprozess keine Rolle und bestätigt die bereits zitierte Einschätzung über sogenannte Taxi-Parteien in Transitionsprozessen, die aus einigen wenigen Personen bestehen und zumeist rasch zerfallen (vgl. auch Mainwaring 1999: 53; von Beyme 1997: 37).

11.2 Das Problem multipler Gruppenzugehörigkeiten: Konsens, Loyalität und Verbindlichkeit

Organisationskulturelle Praxen können sowohl durch Macht und Kontrolle als auch durch symbolische und ideelle Werte vermittelt werden. Organisationskulturen beeinflussen und steuern das Verhalten der Organisationsmitglieder. Deren Mitgliedschaft bzw. Beteiligung kann analytisch als Organisationsgrenze gefasst werden (vgl. für eine Einführung Weik et al. 2001: 208ff.) (Kap. II-6.1). Im Gegensatz zu den expliziten Strukturen von Organisationen, kann man Organisationskulturen als implizite Dimension von Organisationen bezeichnen, zu denen folgende Determinanten zählen: »Identität, kollektive Erwartungen, kollektive Sinnzuschreibungen, Denkmuster und Hintergrundüberzeugungen, Werte und Normen, Einstellungen und Haltungen in der Führung und Zusammenarbeit im Inneren und gegenüber Anspruchsgruppen, Sprachregelungen und Argumentationsmuster« (Matys 2014: 59f.). Organisationskulturen können historisch gewachsen sein und stellen ein geteiltes Netz von gemeinsam erzeugten Werten, informalen Normen und Erwartungen dar. Zu diesen gehören auch die Modi, mit denen innerorganisationaler Konsens zu Sachfragen hergestellt wird oder auch die Frage der Loyalität und Verbindlichkeit gegenüber der eigenen Organisation. Aber auch patriarchaler Personalismus, Informalität sowie andauernde Elitenkonkurrenz und Klientelismus als Strukturelemente des ägyptischen politischen Systems wirken auf Organisationen und Netzwerke.

Das Verhältnis von Netzwerk(-en) zu Parteiorganisation(-en) in einem von systemischer Unsicherheit und Turbulenz geprägten politischen System war sehr komplex und von konkurrierenden Loyalitäten geprägt, die auch Resultat existierender gesellschaftlicher Normen waren (vgl. zum Begriff der Turbulenz in der Organisationslehre Preisendörfer 2011: 76f.):

»[...] Die ganze Welt – und das sehen die Leute oftmals nicht – die ganze Welt ist überlappend. Die gleichen Leute, die in den gesellschaftlichen Protestgruppen waren, haben sich auf die Parteien verteilt. Du konntest sehen – und das ist eines der Probleme – dass die Leute, zum Beispiel eine Gruppe von Freunden, die in einer bestimmten Protestgruppe war, diese Gruppe dann, nach Januar [Revolution], sich auf verschiedene Parteien verteilt hat. *Aber diese Freundesgruppe ist immer noch fester miteinander verbunden, als mit denjenigen Mitgliedern der Parteien, in die sie ein-*

getreten sind. Es gab immer layers of decision-making zwischen den verschiedenen Parteien/die Verbindungen waren nicht vertikal innerhalb der Parteien gelagert, sondern horizontal zwischen den Parteien, aufgrund der Streuung (shataat) der Protestgruppen zwischen den Parteien. [...]

Das Problem aller Parteien war, dass die Netzwerke stärker waren als (.) die organisatorische Verbindlichkeit. Die Menschen waren verbindlicher gegenüber ihren Netzwerken, als ihre organisatorische Verbindlichkeit [in/zur (der) Partei].« (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 80-82).

Hier wird sehr deutlich, dass die Strukturen zwischen Netzwerken und Parteiorganisationen formal zwar getrennt waren, die interorganisationale Struktur aufgrund unklarer Organisationskulturen, die wiederum abhängig von der Umweltdimension waren, aber als informal verschränkt bezeichnet werden kann. Dies war kein absichtlich herbeigeführter Zustand, der darauf abzielen sollte, die organisationale Basis der Opposition zu stärken, sondern vielmehr hat es sich aus den multiplen Verbindungen, die die Aktivist*innen eingegangen sind, ergeben. Zu diesem frühen Zeitpunkt des Transitionsprozesses gab es in den meisten Parteien noch keine legalen bzw. organisationsinternen Normen, die doppelte Organisationszugehörigkeiten verbindlich geregelt hätten.

Dies ist per se weder negativ noch positiv zu bewerten, sondern Spiegel einer dynamischen Umwelt, die von Organisationen und ihren Mitgliedern andere Strategien erheischt, als eine sehr stabile Umwelt. So lange nicht-vorhersehbare Dynamiken auftreten können (und eine Transition ist ein sehr dynamischer Prozess bzw. Systemumwelt für kollektives Handeln), ist eine strikte Formalisierung von organisationalen Normen hinsichtlich der Handlungsfähigkeit möglicherweise kontraproduktiv. Aktivist*innen haben sehr häufig eine Doppelrolle innegehabt: Einmal als Teilnehmer*innen an Straßenprotesten und einmal als Mitglieder in Parteien und ihren Vorfeldorganisationen wie Think Tanks etc. Andererseits, das wird Teilkapitel IV-11.3 genauer zeigen, sind formalisierte Strukturen notwendig, um geschlossen und konfliktfähig handeln zu können, auch in dynamischen politischen Umwelten.

Die in Ägypten im Zuge der Massenmobilisierung entstandenen Strukturen waren oft in ihrer informalen Dimension stärker, als in ihrer formalen. Entscheidungsfindungsprozesse einer Partei verliefen zum Teil *zwischen verschiedenen Parteien*, weil die informellen Verbindungen zwischen Freunden in unterschiedlichen Parteien stärker blieben, als die Verbindungen zwischen Mitgliedern derselben Partei. Verbindlichkeit/Loyalität gilt sozusagen nicht explizit zuerst dem persönlichen Netzwerk und dann der Partei, sondern dies sind implizite, informelle Dinge,

die sich eher anhand von gefälltten Entscheidungen oder auch Diskussionsverläufen *ex post rekonstruieren* lassen (ebd.: Absatz 86).⁴

In gewisser Weise sei die Frage nach Verbindlichkeit und Loyalität von Beginn an auch eine Frage der Hierarchie der Politikform gewesen – Straßenpolitik (informal) vs. institutionalisierte Politik (formal) – die Leute seien ohnehin bei den Straßenprotesten, die Parteien kamen später dazu und hätten die Straßenproteste unterstützt (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 107). Die »Logistik« würde von den Protestierenden übernommen, die Parteien würden sich nur an die »existierenden Netzwerke« dranhängen (ebd.); Übertritte⁵ und Vermischungen seien die ganze Zeit über passiert, da es sich um »offene Systeme« gehandelt habe:

»People went into political parties, people left political parties, and there was fluidity in that. It was not a closed system. It's just that there wasn't that many political parties that were so voluminous so we have so many people to talk about, that's what I meant. There were much more street people than there were political people. [...] The relationship was obvious between us, and ya, we knew each other, we worked with each other. There was no wall, I mean, *transfusions happened all the time.*« (Ebd.)

Die Einschätzung, wonach sich Parteien lediglich den Netzwerken anschließen würden, mag für die Domäne der Straßenpolitik⁶ stimmen, geht aber mit Sicherheit zu weit, wenn man an die Sphäre institutionalisierter Parteipolitik im Parlament oder im Vorfeld von Wahlen etc. denkt. Plausibler ist, dass sich politische Parteien, zumal in ihrer Konsolidierungsphase, an kollektiven Erwartungen und öffentlichen Meinungen orientierten, die in Netzwerken diskutiert wurden, um sowohl Legitimität zu gewinnen als auch Loyalität zu erzeugen.

Es war eine Situation, mit der die Leute nach Jahrzehnten der politischen Repression noch keine Erfahrungen gesammelt hatten und mit der Gleichzeitigkeit von Straßenprotesten und institutionalisierter Politik zusammenhing. Entsprechend ambig waren sie in ihrem Verhalten, Entscheidungsfindungsprozesse konnten empfindlich gestört werden: Bei Gruppenvernetzungsstreffen von Aktivist*innen trafen Individuen mit multiplen Loyalitäten und Bindungen aufeinander, die nicht für alle Anwesenden sichtbar waren und somit auch, in welcher Kapazität die

-
- 4 Aufgrund des Mangels aktueller Studien in diesem Bereich, die diese Zusammenhänge empirisch untersuchen, muss dieses Ergebnis als explorativ gewertet werden.
 - 5 In einem ohnehin kaum strukturierten Umfeld mit wenigen formalen Strukturen, ist der Begriff des Übertritts vielleicht etwas zu stark. Gemeint ist damit die Hinwendung zu einer anderen Gruppe, einem anderen Netzwerkzusammenhang oder einer Partei.
 - 6 Der häufig verwandte Begriff der »street politics« geht über bloße Demonstrationen und Sit-Ins hinaus und beschreibt Bayat zufolge informale Prozesse und Phänomene, die öffentlich zum Ausdruck kommen, darunter: »collective sentiments, shared feelings, and public opinions« (2017: 103ff.).

jeweilige Person am Treffen teilnahm. War sie hier aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft, als Privatperson, oder aufgrund ihrer Tätigkeit in einer der Basisgruppen, die sich an den Straßenprotesten beteiligten? Die Organisationsgrenzen waren offen, die politischen Identitäten bzw. das Selbstverständnis alles andere als fest, Einflusschancen verschiedener Akteur*innen nicht eindeutig zu bestimmen (Kap. IV-10.2.1 & 10.4). Berechenbarkeit und Transparenz sind nur noch bedingt organisatorisch herstellbar, die Erreichung der Organisationsziele als Ganzes in Gefahr (vgl. auch Preisendörfer 2011: 61).

»So, today I am representing my group with a meeting in a multigroup meeting. So I'm meeting a guy and this guy is a guy from Abul Futuh, from Strong Egypt Party (Partei Starkes Ägypten). And/so I would be meeting this guy and this guy would be representative of another group, and then I would be meeting with a guy that is representative of April 6th for instance. But actually in this meeting the Abul Futuh guy is not representing Abul Futuh, because the Abul Futuh campaign is not participating in this, but like because I'm an activist, so I'm coming, so I'm in the meeting. And this is the very, very confusing part of this. [...] *That was debates, never ending debates we would have.*« (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 138-140)

»Ok: So members of the group, can they do things, can they participate in things that the rest of the group voted no on? In their individual capacity? How can you say no?! It's Fuck, a revolution! Everybody's free to do what the Fuck they want. But: The group vote was, no, we're not participating in this. Where is the respect for the vote, where is the respect for the individual freedom? Which one comes first?« (Ebd.: Absatz 146)

Das hier geschilderte Dilemma deutet auf tieferliegende organisatorische Probleme hin: Zwar ist es richtig, dass die individuelle Kapazität nicht von der politischen zu trennen ist. Auch ist plausibel, dass in einer revolutionären Situation, in der vermeintlich alles auf den Prüfstand kommt, strikte, formalisierte Grenzen der Organisation als wenig revolutionär und restriktiv erscheinen und auch gar nicht zu erwarten sind (Kap. II-6.1). In Transitionen bilden Verflechtungen zwischen informalen Basisgruppen und formalisierten (Partei-)Organisationen eher die Regel als die Ausnahme. Darüber hinaus ist insbesondere die erste Phase kurz nach Ausbruch einer Transition von einer Offenheit der Verfahren und Akteure gekennzeichnet (Merkel/Wagener 2015: 65). Die nötige organisationale Kohäsion und Bindung, die für die Konfrontation mit der sehr gut organisierten Regimekoalition (SCAF, phasenweise Muslimbruderschaft) notwendig wäre, war unter diesen Umständen kaum zu erlangen.

Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die Konsensfähigkeit unter den Aktivist*innen ausgeprägt war. Persönliche Interessen oder politische Orientierung

gen wurden über diejenigen der Organisation oder Gruppe gestellt und führten zu Konflikten, die nicht gelöst werden konnten. In anderen Fällen konnte dies dazu führen, dass Aktivist*innen gar nicht erst in Parteien eingetreten sind, obwohl sie für deren Gründung geworben hatten. Sie erachteten es als wichtig, dass es Parteien gibt, aber sie wollten sich nicht Gruppenentscheidungen unterwerfen, denen sie möglicherweise nicht zustimmen könnten (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 74, 142, 150).

Drittens sind die Konflikte um die Organisationszugehörigkeit ein Zeichen mangelhafter strategischer langfristiger Planung und Organisation auf Seiten der meisten Bewegungen. Denn natürlich, das ist aus etablierten Parteiensystemen bekannt, ist die Mitgliedschaft in zwei Organisationen in der Regel kein Problem, solange sie keine entgegengesetzten Ziele verfolgen bzw. ein Nichtvereinbarkeitsbeschluss vorliegt. Zu denken ist hier etwa an sozialdemokratische Parteien, deren Mitglieder häufig gewerkschaftlich organisiert sind, oder auch an Grüne Parteien, deren Mitglieder oft in Umweltschutzverbänden oder ähnlichem engagiert sind.

So fragte die Bewegung 6. April in ihrem Mitgliedsantrag ab, ob man Mitglied anderer Organisationen sei und falls dies zuträfe, bei welcher (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 21). Dies kann man als Versuch werten, intraorganisationale Konflikte durch die Reduktion von Heterogenität, die Herstellung von Kohärenz zu erreichen, indem man als Organisation möglicherweise abweichende politische Einstellungen bzw. unvereinbare organisationale Zugehörigkeiten bereits bei der Aufnahme ausschließt. Teil des Aufnahmeprozesses war ein Interview, um sicherzustellen, »dass ihre [prospektive Mitglieder] Ziele vereinbar mit der Bewegung sind« (ebd.: Absatz 17). Hinsichtlich der Parteibindung und Verbindlichkeit des Parteieintritts⁷ ist dies als notwendige Bedingung zu erachten (Mechanismen der Inklusion/Exklusion, Endruweit 2004: 19f.). Was die innerparteiliche Demokratie und Meinungsfreiheit angeht, kann dies auch genutzt werden, um missliebige politische Haltungen auszuschließen (Gebot der internen Heterogenität Bukow 2013: 57).

An der Universität Kairo waren viele Studierende Mitglieder in Hochschulgruppen neuer Parteien, aber zugleich *nicht* Mitglied der Mutterpartei. So vermiedene sie es, an die Beschlüsse der Mutterpartei gebunden zu sein (Interview – Uni Cairo Aktivist, 2017: Absatz 27). Auch gründete sich ein Zusammenschluss von Studierenden über Hochschulgrenzen hinweg, die Revolution Student's Union (Dorio 2017:

7 Es ist interessant, dass diejenige Organisation, die sich explizit nicht als Partei versteht und sich entsprechend selbst als Bewegung bezeichnet und Widerstand gegen die etablierte Politik als programmatisches Credo ausgibt, die strengsten Kriterien und Hürden für den Eintritt hat. Andererseits kann dies auch als Erfordernis interpretiert werden, um in einem autoritären politischen System zu bestehen, und nicht von Agenten des Regimes unterwandert zu werden (die Bewegung 6. April wurde bereits 2008 gegründet).

350). Diese koordinierte ihre Aktivitäten etwa mit der Bewegung 6. April oder auch mit der Muslimbruderschaft, aber nicht mit einer der neuen Parteiorganisationen (vgl. für einen Überblick über studentische Protestaktivitäten ebd.).

Auch hier muss auf das Defizit in der Organisationsbindung und individuellen Konsensfähigkeit hingewiesen werden. Aushandlungsprozesse wurden im Prinzip vermieden, um sich möglichen, nicht-intendierten Ergebnissen zu entziehen. Dadurch entging den Parteien die Möglichkeit, durch einen organisationalen Link an die Universitäten, ihr Protest- und Konfliktfähigkeitspotential, das ihnen im Kampf gegen das Regime eine zusätzliche Option gegeben hätte, zu steigern.

Dieses Muster setzte sich aber auch in den Parteien selbst fort. Die Dustur-Partei oder die Gerechtigkeitspartei erlebten lebhaftere Diskussionen und Konflikte, die sich im Kern darum drehten, dass gefällte Mehrheitsentscheidungen bindend waren – auch wenn man als Individuum dagegen gestimmt hatte (Kap. IV-11.3.1 & 11.3.2).

Verbindlichkeit und Loyalität waren an zentralen Stellen in Parteiorganisationen oft nur in Ansätzen vorhanden, wichtige Protagonisten schienen sich selbst nicht sicher zu sein, ob sie Mitglied der Partei sind/waren oder nicht – oder die Frage der Mitgliedschaft stand bei ihnen schlicht nicht im Mittelpunkt des Interesses und der Motivation, sich politisch zu betätigen. Dies lag nicht zuletzt an den nur rudimentär ausgebildeten politischen Identitäten sowie nur mangelhaften Versuchen der satzungsrechtlichen Festschreibung von Normen und Verfahren⁸, die diese Angelegenheiten regeln (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 128).

Die zentrale Frage muss deshalb lauten, warum es die Parteien nicht schafften, die politisierten Menschen dauerhaft an sich zu binden und die Verbindung zwischen ihnen und der *Straße* und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen wie den Universitäten aufzuzeigen und zu festigen, um so den Modus des nicht eingehetzten Ringens mit demjenigen des eingehetzten Ringens zu verbinden und auf diese Weise die Konfliktfähigkeit aller Akteur*innen zu erhöhen (Kap. II-3.2.1)? Vorläufig muss eine Antwort auf diese Frage sich mit der Feststellung begnügen, dass die internen Konsolidierungsprozesse in den verschiedenen Organisationen von konfliktiven Aushandlungsprozessen über die richtige Strategie, zu erreichende Ziele, politische Identitäten etc. überlagert waren, so dass ein handlungsfähiges Zusammengehen auf einer interorganisationalen Ebene kaum gelingen konnte (Kap. IV-11.5).

8 Einzig die Partei der Freien Ägypter hatte eine sogar bemerkenswert detaillierte Satzung, die sehr genau auf diese Fragen einging, vgl. Partei der Freien Ägypter (2011a) und vgl. Kap. IV-11.3.2.

11.3 Äußere Merkmale einer Konsolidierung von Parteien

11.3.1 Politisches Programm

Die Funktionen und Aufgaben von Parteien in etablierten Demokratien sind hinlänglich in der Literatur besprochen worden. Dabei hat sich eine Art Minimalkonsens herauskristallisiert, der für verschiedene Regierungs- und Parteiensysteme herangezogen werden kann (vgl. exemplarisch: Alemann 2010: 213ff.; Bukow 2013: 45ff.; Naßmacher 2010: 97ff.; Niedermayer 2014):

- Interessenartikulation und -aggregation
- Mobilisierungs- und Sozialisationsfunktion
- Rekrutierung von politischem Personal
- Zielformulierung und Zielfindung

Vor allem die letztgenannte Funktion ist zentral für Parteien, unabhängig vom politischen System, in dem sie operieren: Um (potentielle) Wähler*innen und Mitglieder für sich zu gewinnen, müssen sie den Menschen politische Orientierung, Deutungs- und Interpretationsmuster sozialer Realität sowie Lösungsvorschläge für ihre Probleme anbieten. In den Worten des Framing-Ansatzes: Parteien müssen diagnostische, motivationale und prognostische Frames entwickeln und in Form von politischen Programmen *bündeln und artikulieren*, so dass sie die Gunst möglichst vieler Bürger*innen gewinnen, um im Parteienwettbewerb zu bestehen. Politische Identitäten entlang sozialer Konfliktlinien spielen bei diesen Prozessen eine Rolle und müssen von Parteien aktiviert werden.

Aber anders als in etablierten, westlich-liberalen Parteiendemokratien sind diese Konfliktlinien in neuen Parteiensystemen und damit verbundenes Wahlverhalten (*voter alignment*) nicht so sehr strukturiert und festgefügt. Das Parteiensystem ist zu einem geringeren Grad institutionalisiert als in westlichen Industriegesellschaften, Personalismus spielt eine viel größere Rolle als eine durch sozialstrukturelle Faktoren determinierte Parteienbindung (Mainwaring 1999: 52f.). Menschen wenden sich *eher* Kandidat*innen und von ihnen vertretenen Positionen zu, als den Parteien, denen sie angehören – auch in Ägypten. Kollektive politische Identitäten wurden jedoch kaum in politische Programme überführt, die mittel- bis langfristige Strategien formulieren, wie verschiedene Sachfragen zu lösen und diese Lösungsversuche an den Interessen jeweils spezifischer sozialer Milieus zu koppeln seien.

Vielmehr muss man von teils unverbindlichen Visionen sprechen, die Absichtserklärungen beinhalten. Hinsichtlich der Verschriftlichung eines solchen Programms ist das Bild folglich uneinheitlich und vorläufig: Viele Parteien hatten

kaum mehr als eine wenige Seiten dünne »Prinzipienerklärung«, wie die Gerechtigkeitspartei oder auch die Morgen Partei des bekannten Oppositionellen Ayman Nour (*hizb al-ghad*), der bei den Präsidentschaftswahlen 2005 gegen Mubarak antrat (Gerechtigkeitspartei 2011; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 4; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 9; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 24; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 18; Partei »Morgen« 2011). Besonders instruktiv hinsichtlich der Verquickung personaler und organisationaler Elemente ist der Fall der Partei Morgen (*hizb al-ghad*) von Ayman Nour: Die Online-Parteipräsens lag auf der Domain www.aymannour.net und das kurze Selbstverständnis der Partei (ein Programm war nicht zu finden) wird mit den Sätzen eingeleitet, dass es eine liberale ägyptische Partei sei, die von Ayman Nour und seinen Mitstreitern gegründet wurde. In dieser Deutlichkeit wird ein charismatisch-personaler Führungsanspruch höchstens von der Person al-Baradeis in der Dustur-Partei überboten.

Manche Parteien hatten nichts Schriftliches, das ihre politischen Ziele festgehalten hätte, sondern verließen sich ganz auf das Charisma ihres Vorsitzenden (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 73; Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 25; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 110).

Einige Parteien, wie die Sozialdemokratische Partei und die Sozialistische Volksallianz, unterschieden zwischen einer »Vision« bzw. »Prinzipien der Partei« und einem regelrechten Programm (Sozialdemokratische Partei Ägyptens o.J.a, o.J.b; Sozialistische Volksallianz o.J., o.J.). Während die »Vision« meist sehr kurz ist und auf aktuelle Entwicklungen der Revolution abhebt und wie diese aktiv gestaltet werden soll, beinhaltet das Programm der Sozialistischen Volksallianz auf ca. 20 Seiten verschiedene Politikmaßnahmen, Strategien und Ziele für verschiedene Politikfelder wie Innenpolitik, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik etc.

Die »Vision« der Sozialdemokratischen Partei fasst sie in Begriffen wie Soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Staatsbürgerschaft, Binnenmarkt, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, Weltfrieden und regionaler Frieden zusammen (Sozialdemokratische Partei Ägyptens o.J.a).

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei, das im Frühjahr 2020 abrufbar war, ist ähnlich stark differenziert, wie dasjenige der Sozialistischen Volksalli-

anz⁹; es unterscheidet zusätzlich für jedes Politikfeld wie Sicherheit, Energie und Stromversorgung, Landwirtschaft und Wohnen zwischen den Hauptproblemen in diesem Feld, Projekten und Politikmaßnahmen, die in diesem Politikfeld durchgeführt werden sollen sowie Reformvorschlägen bereits implementierter Gesetze und Maßnahmen in diesem Bereich (Ahram Online 2011d).

Auch die Partei der Freien Ägypter und, mit Abstrichen, die Dustur-Partei hatten ausformulierte Parteiprogramme, wobei dasjenige der Freien Ägypter strukturierter und elaborierter war; auch war es mit ca. 25 Seiten doppelt so lang wie das der Dustur-Partei (Dustur-Partei 2012; Partei der Freien Ägypter 2011b). Typisch für eine liberale Partei steht im Zentrum ihrer Programmatik die Forderung nach mehr Markt und weniger Staat und kann als Markenkern ihrer Identität bezeichnet werden:

»Wir glauben an den Nachtwächterstaat/schau, ich will nicht freie Marktwirtschaft zu 100 Prozent sagen, weil es wird nicht wie die freie Marktwirtschaft in Europa sein. [...] Wir glauben an einen Wohlfahrtsstaat, aber in sehr begrenztem Ausmaß. Wir glauben daran, dass der Staat eine Rolle spielen darf, aber in sehr begrenztem Ausmaß (...) Wir sind überhaupt nicht sozialistisch!« (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 9)

Andererseits nimmt das Programm zu anderen Themen ausführlich Stellung und enthält ausführliche politische, polit-philosophische sowie ökonomische Erklärungen zu den Standpunkten der Partei. Interessanterweise nimmt es gleich zu Beginn Bezug auf Muhammad Abduh (1849-1905), einem ägyptisch-islamischen Reformen und Intellektuellen, der kurz vor seinem Tod zum obersten Rechtsgelehrten Ägyptens (*mufti*) berufen wurde und als einer der Wegbereiter des modernen politischen Islams gilt (vgl. zu einer zusammenfassenden Darstellung seines biographischen und intellektuellen Werdegangs Mustafa 2013b: 26ff.). Die Partei deklariert als Ziele die Verwirklichung der Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit sowie freie Marktwirtschaft und leitet die säkulare sowie egalitäre Grundausrichtung der Partei vom Denken Abduhs ab:

»Die Partei ist eine politische Partei und keine religiöse (*la-diniy*, wrtl. a-religiös), die sich aus Männern (sic!) unterschiedlicher Konfessionen und Glaubenssätze formiert hat. Alle Religionen und jeder, der den Boden Ägyptens pflügt sowie die

9 Es ist in den Jahren 2016ff. nicht mehr möglich, das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei aus den Jahren 2011-2013 aufzufinden. Deshalb wird an dieser Stelle auf das Programm der Sozialdemokratischen Partei Ägyptens zurückgegriffen, welches 2018ff. online verfügbar war. Wann dieses verabschiedet wurde, ist allerdings auch nicht mehr zu eruieren. Die Erhebung von Daten ist durch den Putsch von 2013 und das sukzessive Verbot vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen und der damit verbundenen Schließung von Webseiten erheblich erschwert.

Sprache Ägyptens spricht, gehören dieser Partei an, weil die Partei in diesen Fragen keinen Unterschied macht. Die Partei weiß, dass alle Menschen Brüder sind, und dass alle ihre politischen und legalen Rechte dieselben sind.« (Partei der Freien Ägypter 2011b, eigene Übersetzung)

Auch in späteren Passagen des Programms, in denen es etwa um die Säkularität der Partei geht, wird immer wieder affirmativ Bezug auf islamische Grundsätze oder auch den im Verfassungsgebungsprozess umstrittenen Artikel 2 der bisherigen Verfassung genommen, der verfügt, dass die Scharia die Rechtsquelle der Gesetzgebung sei (Kap. IV-13.3). So heißt es wörtlich im Programm, dass die richtige Lesart der »islamischen Scharia die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Gleichheit vor dem Gesetz für jeden ägyptischen Bürger ohne Unterschied garantiert« (ebd., eigene Übersetzung). Als einzige geht die Partei auch sehr detailliert auf ihr Verständnis eines zivilen und säkularen Staates ein. So definiert sie den zivilen Charakter eines Staates als »demokratische Volkssouveränität« (*hukm ash-shaab li-nafsihi*) und als Recht des »Volkes«, seine Regierung selbst zu wählen, sie zur Rechenschaft zu ziehen und sie auszutauschen (ebd., eigene Übersetzung). Damit macht sich die Partei Kernelemente einer demokratischen politischen Ordnung zu Eigen.

Zugleich verbindet sie dieses Verständnis mit einer Ablehnung jeglicher Legitimation religiöser Herrschaft, insbesondere einer islamischen Herrschaft. Begründet wird dies mit dem Hinweis darauf, dass islamische Glaubensgrundsätze den Begriff »religiöse Herrschaft« (*as-sulta ad-diniya*) nicht kennen. Zudem kenne der Islam keine Mittelsmänner zwischen Individuum und Gott und deshalb entsprechen »die Ablehnung des Begriffs der religiösen Herrschaft in einem zivilen Staat dem richtigen Verständnis des Islams« (ebd., eigene Übersetzung).¹⁰ In staatsrechtlicher Hinsicht positioniert sich die Partei damit sehr eindeutig im säkularen Spektrum und versucht mit ihrer Herleitung von Säkularität der Muslimbruderschaft ihre (angebliche) Deutungshoheit über herrschaftslegitimatorische Fragen im Islam streitig zu machen. Auch diese programmatische Positionierung mag zur radikalen Polarisierung zwischen beiden Akteuren geführt haben, die anlassbezogen immer wieder zu beobachten war und sich in ideologischen Anwürfen Bahn brach.

Die Frage, ob und wie diese Programme diskutiert und beschlossen wurden, gibt weiteren Einblick in die Strukturen der Parteien. So war die Sozialistische Volksallianz – obwohl sie ein Zusammenschluss aus mehreren Kleinparteien ist – in der Lage, sich auf ein Programm und »vorläufige Visionen« zu einigen (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 24, 30). Diese Zweiteilung

10 Die vorangegangenen Passagen sind sowohl auf einer ideengeschichtlichen als auch philosophisch-begrifflichen Ebene sehr voraussetzungsvoll und ließen sich kontrovers diskutieren. Dies soll an dieser Stelle unterbleiben, da es mehr um die Deskription und Einordnung der Standpunkte der Partei geht und weniger um eine normative Diskussion selbiger.

rührt auch daher, dass die Partei gezwungen war, noch vor der offiziellen Gründung ein Programm vorzulegen. Dies macht sie auch in ihrer »Vision« explizit, in der sie starken Bezug auf kurzfristige, notwendige Ziele nimmt, die die Revolution erfordert sowie langfristige, gesellschaftliche Ziele (Sozialistische Volksallianz o.J.; Ahrum Online 2011e; Jadaliyya 2011b). Allerdings entstand das endgültige Programm im kleinen Kreis der Parteiführung, da es noch keine Mitglieder gegeben habe, die darüber hätten abstimmen können. Das Strukturmerkmal, wonach die politische Willensbildung von oben nach unten verläuft, blieb in dieser noch frühen Phase des Transformationsprozesses (Frühjahr 2011) weiterhin wirksam. Ein demokratischer Willensbildungsprozess mit seinen Aushandlungen und Konflikten konnte auf diese Weise nicht stattfinden, mehr noch: Konflikte wurden in die Parteiarbeit hineingetragen. Auch später kam es nicht zu einer Abstimmung über das Programm, sondern zu Spaltungen der Volksallianz (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 28). Dies ist konsequent, bedenkt man, dass dem Vorgehen schlicht die interne Legitimität fehlte. Das Erfordernis innerparteilicher Demokratie wurde in diesem zentralen Punkt nicht erfüllt.

Zugleich muss betont werden, dass die Partei hier dem Gesetz zur Parteienregistrierung folgen musste, welches vom übergangsweise regierenden SCAF so formuliert wurde. Es kann als strategisches Vorgehen des SCAF interpretiert werden, an dieser Stelle institutionelle Verfahren auf eine Weise dazwischenzuschalten, die die Entwicklung wichtiger Akteur*innen im politischen System hemmen (vgl. für das Parteiengesetz Abdel Wahab, Mohamed S. E. 2012).

Auch der Entstehungsprozess des Parteiprogramms der Sozialdemokraten gibt einen Einblick über Parteistrukturen im Entstehen: Die Sozialdemokraten, als eine der größeren Parteien, veranstalteten etwa einen Monat nach Beginn der Liberalisierungen und Zulassung von Parteien einen Gründungskongress am 19. März 2011, an dem künftige Mitglieder teilnehmen konnten (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 18). Der Kongress habe ein »vorläufiges Papier« verabschiedet, das Ergebnis von Diskussionen, Ergänzungen, Streichungen etc. war. Im Laufe des Jahres wurden Programm-Workshops eingerichtet, Mitglieder konnten sich beteiligen, die Themen wurden in kleinen Gruppen besprochen (ebd.: Absatz 32). Das gleiche Verfahren wählte die Partei für die Ausarbeitung einer Satzung.

Das Fehlen einer Datenbank, die die Fähigkeiten und andere Kenndaten von Mitgliedern festhält, hat sich aber bemerkbar gemacht: Es wurde den einzelnen Mitgliedern überlassen, sich einem Workshop anzuschließen. Auf diese Weise wurde es dem Zufall überlassen, wie viel Expertise in die Gestaltung des Programms fließt:

»Nein, alle/also zum Beispiel, wenn wir am ökonomischen Programm arbeiten, dann hat jeder, der sich mit Wirtschaft beschäftigt und Expertise hat, mitgemacht. Wenn wir uns mit Agrikultur beschäftigt haben, dann haben diejenigen mitge-

macht, die etwas davon verstehen. Wir haben uns mit Rechten und Freiheiten beschäftigt, mit Staatsbürgerschaft, wer interessiert ist und sich auskennt, war dabei. Es gab sogar Leute, die ein wenig in diesem und ein wenig in jenem Workshop saßen, weil sie sich für mehr als ein Thema interessierten.« (Ebd.: Absatz 33-34)

Unter dem »Dilemma der Gleichzeitigkeit« von Tagespolitik und dem Erfordernis, Strukturen in einem Transitionsprozess aufbauen zu müssen, litt auch die Dustur-Partei (Merkel/Saliba 2015): Es sei deutlich gewesen, dass die Herrschenden bekämpft werden müssten, so dass keine Zeit für die Entwicklung einer »ideologischen Vision« geblieben sei (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 21-23; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 110). Folglich sei das Programm von einem kleinen Kreis formuliert worden, das entsprechend die Ansichten der Gründer widerspiegeln (Dustur-Partei 2012). Daraus resultierten schwere Legitimitätskonflikte innerhalb der Partei, die sich sowohl um Fragen der Organisation als auch um ihre inhaltliche Ausrichtung drehten (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 28).

Programmatisch muss die Dustur-Partei als zentristische Partei eingestuft werden, die in den Mittelpunkt ihrer Arbeit »Staatsbürgerrechte, die (Wieder-)Herstellung staatlicher Institutionen nach demokratischem Vorbild, ein säkulares und ziviles Staatsmodell, nicht-zentralistische Staatsprinzipien, Gewaltenteilung, allgemeine Freiheitsrechte, die nationale Sicherheit und eine ägyptische Identität, die die Vielfalt in der Gesellschaft abbildet«, stellt (Dustur-Partei 2012).

Ein zweistufiges Verfahren – ähnlich wie bei der Sozialistischen Volksallianz – fand in der Gerechtigkeitspartei Anwendung: Zunächst wurde nur eine Prinzipienklärung verabschiedet, die »revolutionäre Ziele formuliert hat wie die Forderung nach einem frei gewählten Parlament und die Wahl einer zivilen Regierung«. Erst später sei in Workshops ein breiteres Programm ausgearbeitet worden¹¹, das auch langfristige Ziele enthielt. Der Fortgang der Ereignisse, die bereits angesprochene Gleichzeitigkeit von Politik und politischer Polarisierung auf der Straße sowie die Notwendigkeit, funktionierende Parteiorganisationen aufzubauen, machten ein solches Vorgehen unabdingbar (Gerechtigkeitspartei 2011; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 4).

Programmatisch habe die Partei einen »Dritten Weg« zwischen Islam und Liberalismus ausgerufen (Jadaliyya 2011d). Eines ihrer Gründungsmitglieder und zugleich ehemaliges prominentes Mitglied der Muslimbruderschaft, Mohammed al-Naggar, ging einen Schritt weiter und behauptete, die Partei werde »in einigen Jahren Alternative zur Muslimbruderschaft« sein, weil die Partei »eine neue Ideologie setze, die über Ideologien hinausgehe« (Khazbak 2011). Damit, so El Naggar weiter, würde die Partei ägyptischem Sentiment folgen, da »die ägyptische Bevölkerung

11 Das Parteiprogramm war online nicht mehr verfügbar.

kein Interesse an Ideologien habe [...]. Im Gegenteil: Ägypter*innen würden Ideologien ablehnen und diese sogar fürchten« (ebd.). Hinsichtlich des umstrittenen und umkämpften Artikels 2 der bisherigen ägyptischen Verfassung¹², sagte Ahmad Shukry, ein weiteres Gründungsmitglied der Gerechtigkeitspartei und Neffe von al-Baradei, dass die Partei diesen respektiere und nicht ändern wolle, jedoch ohne hinzuzufügen zu vergessen, dass die Partei einen zivilen Staat respektiere, die wichtige Rolle der Religion in der Gesellschaft aber berücksichtigen wolle (ebd.).

Auch die Gerechtigkeitspartei positionierte sich – ähnlich wie die Freien Ägypter – durchaus deutlich gegen den Machtanspruch und die Deutungshoheit der Muslimbruderschaft. Insgesamt blieb sie im Spektrum neuer Parteien eine Randerscheinung, obwohl sie aufgrund der Prominenz ihres Anführers große Bekanntheit besaß. Zu sehr setzte sie auf den Persönlichkeits-Faktor, ohne jedoch programmatisch nachhaltig zu wirken.

In der Dustur-Partei, die aus einer Graswurzelkampagne junger Aktivist*innen für Mohammed al-Baradei hervorgegangen ist, ist dieses Strukturmerkmal auch zu beobachten. Es ersetzte in vielfacher Hinsicht programmatische Leerstellen. Dies führte insbesondere zwischen der jungen, revolutionär gesinnten Basis der Partei und den älteren Herren der Führung zu andauernden Konflikten über Inhalt und Politikstil. Die Jungen lehnten Personenkult und die intransparente Politik hinter verschlossenen Türen ab, während dies noch allzu oft der Politikmodus war, den die unter Husni Mubarak oder Anwar as-Sadat sozialisierten Parteioberen wählten (Abdalla 2013: 2). Dr. Mohammed al-Baradei¹³ gilt in der Partei für viele geradezu als Heilsbringer. Seine Person *ist* das Programm, ein schriftliches Programm wird fast überflüssig:

»Und wie ich Dir sagte, he was a very attractive person, er war Direktor der IAEA, hatte den Friedensnobelpreis erhalten, er hatte eine sehr große Glaubwürdigkeit, internationale Verbindungen, und Prinzipien. [...]. Er hat Prinzipien, an denen er festhält, wie Demokratie, wie Gleichheit zwischen Mann und Frau, Christen und Muslimen/Er repräsentierte für mich dasjenige säkulare Denken, das ich als sozialdemokratisch bezeichnen würde, weißt Du?!« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 11)

12 Dieser Artikel setzt den Islam als Staatsreligion in Ägypten fest und schreibt vor, dass die (Prinzipien) der Scharia Quelle der Rechtsschöpfung sein sollen.

13 Die Anrede mit dem akademischen Titel ist in Kreisen der gehobenen Mittelschicht sowie der Oberschicht in Ägypten sehr häufig vorzufinden. Der Titel gilt als legitimes Distinktionsmerkmal sowie in direkter Rede über nichtanwesende Dritte als Affirmation und Anerkennung ihres gehobenen sozialen Status. Auch dies muss als ein Ausdruck systembedingten, gesellschaftlich verwurzelten Klassismus gewertet werden, der bestimmten Personen qua ihrer formalen Bildung einen Überlegenheitsanspruch, eine Deutungshoheit über die politischen Ereignisse, Führungsqualität sowie Sozialprestige zuschreibt.

»Dr. al-Baradei« habe junge Leute aus dem Landesinnern und auch von außerhalb angezogen. Für viele – selbst für anderweitig organisierte junge Menschen – wirkte er als Idol, Vorbild (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 21). Programmatische Orientierungen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, Verteilungsgerechtigkeit und soziale Mobilität seien als zentrale politische Werte sehr eng mit seiner Person verknüpft worden:

»Das war für mich das, was das Denken von Dr. Mohammed al-Baradei und die Dustur-Partei repräsentiert, dass wir eine sozialdemokratische Partei sind, die sich für demokratische und politische Freiheiten einsetzt und gleichzeitig auch für soziale Gerechtigkeit. Dies ist meine persönliche Sicht, die im Einklang mit denjenigen von Dr. Mohammed al-Baradei in der Dustur-Partei stand.« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 11)

Ganz ähnlich liest sich der Bericht von Wael Ghonim, der für al-Baradei eine Internet-Kampagne gestaltet hat: Personalismus, gesteigert bis zum Personenkult. Er geht sogar so weit, al-Baradei als »Erlöser« zu bezeichnen (2012: Kapitel 2).

Es ist nicht verwunderlich, dass mit dem erklärten Rückzug von al-Baradei nach dem Militärputsch und dem Massaker gegen Anhänger*innen der Muslimbruderschaft im August 2013 auf dem Rabaa-Platz die Partei quasi über Nacht zusammenbrach und jegliche Kohäsion schwand. Die Leerstelle bei der inhaltlichen Formulierung von Politik erklärt, wieso nicht nur diese Partei Probleme hatte, gesellschaftliche Interessen dauerhaft zu mobilisieren und zu repräsentieren.

Die Bewegung 6. April hatte kein schriftliches Programm, nur eine starke politische Identität, die programmatischen Charakter bei ihr annimmt. Als Begründung für das fehlende Programm wird auf die anhaltenden Repressionen auch nach 2011 verwiesen, der die Bewegung die ganze Zeit ausgeliefert gewesen sei.

In weltanschaulichen Fragen kommt eine sehr klare säkulare Vision zum Ausdruck, die sowohl eine vehemente Absage an die Muslimbruderschaft als auch an das Militär enthält. Darüber hinaus besteht in diesem Punkt eine Konvergenz zwischen der Bewegung und den (vermeintlichen) Zielen der Revolution, die darin bestanden hätten, einen säkularen, demokratischen, pluralistischen Staat zu errichten:

»Das Ziel der Bewegung ist es, ein demokratisches Regime zu etablieren. Wir wollen ein demokratisches System (*nizam dimuqratiy*) erreichen, dass an Freiheiten glaubt, an politischen Pluralismus (*taaddudiya siyasiya*), an Ideen, ein System, das wirklich Veränderungen herbeiführen kann und auf die Wünsche der jungen Generation hört, ein ziviles/säkulares System (*nizam madaniy*), weder militärisch, noch Muslimbrüder oder auch ein rechter Flügel. Das ist unser grundsätzliches Ziel. Ein ziviler Staat (*daula madaniya*). Als die Revolution ausbrach war ihr Ziel die

Errichtung eines zivilen Staates (*daula madaniya*). Das ist das Ziel der Revolution; das war eines der Ziele der Revolution und nicht bloß der Bewegung 6. April. Die Etablierung der Demokratie. [...] Ein Militärregime kann nicht demokratisch sein, kann nicht an Freiheiten glauben, kann nur mit Waffen herrschen, mit Unterdrückung herrschen.« (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 105)

Wie bei anderen linken Parteien und Bewegungen ist der starke Rückbezug auf die Revolution in diesen Passagen ein stark identitätsstiftendes Merkmal. Interessant und in seiner Deutlichkeit – mit Ausnahme der Freien Ägypter – selten zu beobachten, bleibt allerdings der entfaltete Nexus Demokratie-Zivilität des Staates-Säkularismus-Ablehnung der Militärherrschaft. Die Positionierung bleibt durch den Verweis auf das Militär *und* die Muslimbruderschaft sowie die Verwendung des Wortes *madaniy* für zivil und nicht-religiös klar in ihrer Stoßrichtung: Demokratie mit dem Militär oder der Muslimbruderschaft als Herrscher sei nicht möglich.

Insgesamt wurde die programmatische Entwicklung der Parteien von zwei Faktoren strukturiert: Zum einen überwogen personal-charismatische Herrschafts- und Führungsroutinen. Es ist ein Mangel an programmatischer Determinierung und Abgrenzung innerhalb und zwischen den Parteien zu konstatieren. Parteiprogramme existierten entweder nicht, bestanden aus dünnen Prinzipienklärungen und waren fast nie darauf ausgerichtet, bestimmte Sozialmilieus an die jeweilige Partei zu binden.

Zweitens müssen institutionelle (Parteiengesetz) und strukturelle Hemmnisse (Transition, Tagespolitik vs. Parteiarbeit) als erklärende Variablen für die meist mangelhaft ausgebildeten Programmatiken der Parteien angeführt werden. Die Kapazitäten der neuen Organisationen waren oftmals schlicht überfordert mit der dynamischen Situation. Auch dies mag eine Erklärung für die verstärkte Konzentration der Parteien auf große Namen gewesen sein, die die fehlende inhaltliche Tiefe durch Persönlichkeiten zu ersetzen suchten, um sich im Parteienwettbewerb einen Vorteil verschaffen zu können.

11.3.2 Schriftliche Satzung: Informale Effizienz vs. formale Struktur?

Die Satzung soll verstanden werden als »eine schriftliche, organisationspezifisch adaptierte Umsetzung institutioneller Erwartungen«, die »stets das Produkt spezifischer, parteiinterner und parteiorganisationaler Entscheidungen« ist (Bukow 2013: 21). Statute dienen sowohl der Herstellung von Legitimität als auch von organisationaler Effizienz. Doch an kaum einem anderen Kriterium lassen sich die organisationalen Dilemmata und Herausforderungen der neuen Akteur*innen besser veranschaulichen, als an der Satzung.

Im Gegensatz zu einem schriftlich fixierten Programm, verfügten fast alle untersuchten Parteien über ein schriftliches Parteistatut (Interview – Bewegung 6.

April, 2016: Absatz 71; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 3; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 4; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 16; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 32; Interview – Uni Cairo Aktivist, 2017: Absatz 9; Partei der Freien Ägypter 2011a, 2012).¹⁴

Es zeigt sich, dass die organisationale Effizienz, die erforderlich ist, um schnell und geschlossen auf Ereignisse und neue Entwicklungen reagieren zu können in einem Zielkonflikt mit langsamer organisationaler Entwicklung *und* innerparteilicher Meinungs- und Willensbildung stand. Der Aufbau eines kohärenten Systems von Vorschriften, die das Verhalten der Akteur*innen regeln sowie ihnen eine auf Dauerhaftigkeit abzielende Struktur verleiht, so dass das Organisationsverhalten glaubwürdig und legitim erscheint, wurde immer wieder durch die laufenden Ereignisse unterbrochen.

Zudem habe das neue Parteienregistrierungsgesetz vorgeschrieben, dass ein Statut zwingend notwendig sei, noch *bevor* eine Partei gegründet wurde (Electoral Institute for Sustainable Democracy in Africa 2012: 24). So wurde die vielleicht zentralste Einrichtung, die eine Konsolidierung der entstehenden Parteiapparate formal befördert hätte, zum Opfer von institutionellen Hemmnissen. Das Regime hat an dieser entscheidenden Stelle des Transitionsprozesses die institutionellen Stellschrauben zu seinen Gunsten ausgerichtet und so die organisationale Entwicklung der Parteien entscheidend beeinflusst und damit ihre Einflusschancen auf den Transitionsprozess gemindert (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 20). Wie sich bei den Analysen des Reformprozesses noch zeigen wird, wurde das Mittel, die Reihenfolge von Reformmaßnahmen zu beeinflussen, vom Regime immer wieder eingesetzt, um Forderungen der Opposition zu sabotieren. Timing und Sequenzierung haben großen Einfluss auf die »Qualität gesellschaftlicher Transformationen« (Stefes 2015: 127).

Die Enge der Zeit führte häufig dazu, dass sich viele Parteien derselben Vorlagen für Satzungen bedient hätten, ohne die spezifischen Anforderungen ihrer Programmatik, ihrer Organisation etc. zu berücksichtigen. In der Dustur-Partei – und bei anderen Parteien auch – führten die strukturellen Hemmnisse durch das erwähnte Parteiengesetz dazu, dass das Statut schnell im kleinen Kreis ausgehandelt worden sei (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 36).

Die Schnelligkeit der laufenden Ereignisse sowie die Hybridität des politischen Systems hätten die Partei der Freien Ägypter immer wieder dazu gezwungen, die Parteisatzung anzupassen. 2011 seien etwa die Modalitäten für den Ein- und Austritt aus der Partei bewusst einfach gehalten worden, um mit dem schnellen Anstieg der Mitgliederanträge fertig zu werden. 2016, bei »stabilen politischen Ver-

14 Einzig die Satzungen der Freien Ägypter waren nach dem Putsch 2013 – und auch nur durch aufwändige Recherche – im Internet auffindbar.

hältnissen« sei es anders gewesen, die Satzung sei deswegen seit 2011 zweimal angepasst worden (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 4, 25, 29).

Des Weiteren hat sich die Partei 2011 Unterstützung und Beratung für die Erstellung einer Satzung bei der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung sowie einer libanesischen Unternehmensberatung geholt (ebd.: Absatz 6, 8). Zugleich sei eine »ständige Kommission« eingerichtet worden, die sich mit der Satzung befasse. Eine tatsächliche Satzungsänderung, die etwa durch die ständige Kommission vorgeschlagen werde, müsse an den Parteitag als oberstes Gremium der Partei zur Entscheidung weitergeleitet werden. Auch andere wichtige Entscheidungen, etwa, ob die Partei mit einer anderen fusioniert, ist satzungsrechtlich an einen Beschluss des Parteitags gebunden (ebd.: Absatz 41).

Auf der strukturellen Ebene wird dies deutlich: Die Satzung der Freien Ägypter ist äußerst umfassend aufgebaut, ist sogar länger als ihr Parteiprogramm und besteht aus zwei getrennten Teilen (Jadaliyya 2011a): Einer Finanz-Satzung (Partei der Freien Ägypter 2011a) sowie einer Satzung, die die allgemeinen Parteiangelegenheiten regelt (Partei der Freien Ägypter 2012). Neben sehr detaillierten Regelungen zu den Parteifinanzien, beinhaltet die Satzung eine klare Hierarchie, interne Wahlprozesse, Entscheidungsfindungsprozesse sowie einen sehr ausführlichen Katalog mit Strafmaßnahmen bei Fehlverhalten der Parteimitglieder und -angestellten (Partei der Freien Ägypter 2011a).

Ein anderes Muster zeigt sich bei der Sozialistischen Volksallianz, die für ihre erste Satzung zunächst auf das Statut einer ihrer Mitgliederparteien, der Tagammu Partei, zurückgegriffen habe, bis sie 2012 den ersten Parteitag einberief. Auch hier sei es zunächst darum gegangen, die Parteiregistrierung sicherzustellen. Auf dem Parteitag seien dann Veränderungen der Satzung vorgenommen und durch Abstimmungen verabschiedet worden, an denen man in der Zwischenzeit gearbeitet habe (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 16).

Dass die Satzungen und Programme oftmals nur formaler Natur waren, das informale Element in der Parteiarbeit aber überwog, ist ein Befund, der aufgrund der anhaltenden politischen Transformation kaum überraschen kann. Polit-kulturelle, tradierte Muster des Aushandelns, der Machtverteilung, der Politik des kleinen Kreises dominierten weiterhin das Geschehen (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 74). Die offiziellen Parteistrukturen waren zwar im Ansatz vorhanden, doch standen sie in der politischen Praxis hinter den informalen Elementen und Strukturen zurück (ebd.: Absatz 86, 149). Dies konnte dazu führen, dass informale Regeln, den formalen, satzungsrechtlichen Regeln diametral entgegenstanden, wirkmächtiger waren, insbesondere wenn es Dinge waren, die sozusagen zum gesellschaftlichen Habitus gehörten, wie Gehorsam gegenüber älteren Menschen (ebd.: Absatz 152-153).

Interessant ist darüber hinaus, dass das eigene Vorgehen mit dem der Muslimbruderschaft kontrastiert wird, um es als legitim erscheinen zu lassen; das in-

formale Element bei der Muslimbruderschaft wird als sehr hoch eingestuft, »die Satzung [habe dort] mehr auf dem Papier bestand« (ebd.: Absatz 76). Dies wird sogar als Fakt dargestellt, etwa, wenn auf das angebliche Gehorsamsprinzip in der Muslimbruderschaft hingewiesen wird, oder auf den Respekt vor Älteren:

»Natürlich liegt die Stärke der Muslimbrüder nicht in ihrem gesellschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Programm. [...] Ich denke, dass die Armee mit jemandem reden wollte, der ähnlich wie sie strukturiert ist. Die Brüder ähneln der Armee als Organisation, sie haben eine klare Hierarchie. Du weißt mit wem Du zu sprechen hast, wenn Du ein bestimmtes Anliegen hast. Es ist eine Organisation der geschlossenen Zimmer. Alle Vereinbarungen zum Beispiel mit anderen Organisationen werden hinter verschlossenen Türen getroffen. Es gibt nichts, das Transparenz heißt.« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 50)

Es wird nicht in Betracht gezogen, dass die Satzung der Muslimbruderschaft klare Strukturen vorgibt, die von deren Mitgliedern und Funktionären als verbindlich angesehen werden – ohne dass dies gleichbedeutend mit mangelhafter innerparteilicher Demokratie sein muss. Vielmehr wird die klare Hierarchie der Muslimbruderschaft mit Intransparenz und einer Politik der Hinterzimmer gleichgesetzt. Implizit heißt das, dass die eigene, fehlende Hierarchie nicht als organisationaler Mangel angesehen wird, sondern als Zeichen größerer Demokratie. Dass dies ein Hinweis auf entweder satzungsrechtliche Mängel oder Mängel bei der Durchsetzung von satzungsrechtlich festgeschriebenen Vorschriften ist, wird hingegen nicht in Betracht gezogen. Flache Hierarchie ist nicht gleichbedeutend mit Autoritarismus, sondern in Organisationen Merkmal klarer, effizienter Verfahrensabläufe und Strukturen.

11.3.3 Territoriale Gliederung, funktionale Arbeitsteilung, Mitgliederstruktur und Finanzierung

Weitere, wichtige äußere Merkmale einer Organisationsentwicklung im Sinne einer Konsolidierung sind die Verankerung der Organisation in verschiedenen Städten und Provinzen des Landes (territoriale Differenzierung), eine funktionierende intraorganisationale Arbeitsteilung in Form einer heterarchischen bzw. hierarchischen Struktur, eine verwaltete Mitgliederstruktur (Existenz von Datenbanken, Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, klare Regeln für Parteieintritt und -austritt) sowie eine gesicherte Parteienfinanzierung (Bukow 2013: 118ff.).

Nimmt man etwa die Finanzierung in den Analysefokus, so spielt eine Rolle, ob es in Ägypten üblich ist, gebührenpflichtige Mitgliedschaften einzugehen. Die Sozialistische Volksallianz beispielsweise hat individuelle Mitgliedschaften mit zehn ägyptischen Pfund im Monat (ca. 50 Eurocent) finanziert. Arme, Arbeiter*innen

und Studierende konnten auch weniger entrichten (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 22). Hinsichtlich der territorialen Gliederung der Parteien lässt sich festhalten, dass diese über Ansätze kaum hinausgekommen ist. Dieser Anspruch wurde wiederholt betont, so etwa bei der Sozialistischen Volksallianz, die sowohl innerhalb Kairos eine differenzierte Struktur hatte (Mitte, West, Helwan, Gizeh etc.) als auch außerhalb der Hauptstadt in den Provinzen (ebd.: Absatz 20).

Dies spiegelt sich in der funktionalen Arbeitsteilung der Organisation wider, die über eine Parteispitze in Form eines Vorstands verfügt, einen Parteitag, der wichtige Entscheidungen fällt sowie spezialisierte »Komitees«, die sich – Ausschüssen gleich – verschiedenen Aufgaben widmen, wie etwa das »Medienkomitee«, oder das »Komitee für kollektive Aktionen«. Zugleich ist eine Verbindung dieser beiden Ebenen zu beobachten, also etwa ein Beauftragter für kollektive Aktionen, die in Kairo stattfinden sollen (ebd.: Absatz 18, 20, 54).

Zudem gab es zwischen den Komitees eine Hierarchisierung, die dazu führen konnte, dass ein Komitee, einem anderen Komitee einen Auftrag erteilt. Allerdings scheinen diese Hierarchien nicht sehr festgefügt gewesen zu sein, es wird von Konflikten »bei sensibleren Themen« zwischen den Komitees berichtet. Um ad-hoc-Entscheidungen für die Gesamtpartei zu treffen, die etwa die Frage betrafen, an welchen kollektiven Aktionen sich die Organisation beteiligt, wurde zumeist auf Facebook zurückgegriffen. Wie kontrolliert werden sollte, dass sich nur Mitglieder der Partei bei der betreffenden Facebook-Gruppe anmelden, wird allerdings nicht ganz klar (vgl. zu den Ausführungen in diesem Absatz ebd.: Absatz 74).

Die Partei verfügte zwar über eine offizielle Mitgliederregistrierung, mit der auch eine Komiteezuteilung verbunden war, aber es ist nicht ganz klar, wie detailliert diese Registrierung ablief (ebd.: Absatz 20). Zumindest wurde zwischen aktiven Mitgliedern und eher passiven »Karteileichen« unterschieden. Erstaunlich ist, dass diese vergleichsweise sehr bekannte und bei Wahlen erfolgreiche¹⁵ Partei nach eigenen Angaben nur über 1000-1500 »richtige Mitglieder« verfügte (ebd.: Absatz 96).

Die liberale Partei der Freien Ägypter verfügte im ganzen Land über mehr als 100 Büros (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 95). Verdeutlicht wird der Anspruch einer flächendeckenden Vertretung im ganzen Land durch die Ankündigung der Partei, im ganzen Land Kandidat*innen für die Parlamentswahlen aufstellen zu wollen (Partei der Freien Ägypter 2011a: 5; Al-Masry al-Youm 2019; Dia 2011). Die Partei verfügt über eine hierarchische Pyramidenstruktur, an deren Spitze der Parteitag steht, gefolgt vom hohen Komitee, dem Politbüro und dem Parteivorsitzenden (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 4; Partei

15 Bei den ersten freien Parlamentswahlen 2011/2012 war sie Teil der Wahlallianz *Die Revolution geht weiter* und holte 8 von 9 Sitzen für das Bündnis.

der Freien Ägypter 2011a: 8). Dies ist eines der wenigen Beispiele für neue Parteien in Ägypten, bei denen die Politik-Richtung von unten nach oben weist und nicht umgekehrt. Dies stellt im Gegensatz zu tradierten Organisationsformen in Ägypten ein wirkliches Novum dar. Allerdings bleibt an dieser Stelle die Frage nach der Wirkungsmacht dieser Struktur unbeantwortet, also inwieweit sie nur auf dem Papier bestand hatte oder auch als tatsächliche Richtschnur für das Handeln in der Partei galt. Mit dieser formal-hierarchischen Struktur sind unterschiedliche Entscheidungsbefugnisse verbunden, die je nach Bedeutung des Entscheidungsgegenstandes gewichtet werden (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 41; Partei der Freien Ägypter 2011a: 8).

Von den 120.000 Mitgliedsanträgen sind nur wenige angenommen worden, weil die Partei ihre organisationalen Kapazitäten nicht überstrapazieren wollte (Kap. IV-10.1). Wie viele Menschen letztendlich Mitglied der Partei wurden, ist nicht bekannt. In der Öffentlichkeit kursierte die Zahl von 100.000 Mitgliedern der Partei (Reuters 2011). Wie die Sozialistische Volksallianz wird die Partei durch Mitgliedsbeiträge von 10 Pfund im Monat und Spenden, vor allem reicher Geschäftsleute, finanziert (Dunne/Hamzawy 2017: 7; Shehata 2011).

Der provisorische Charakter der Parteistrukturen wird am Beispiel der Entstehungsphase der Dustur-Partei ersichtlich: Zwar habe es eine formale hierarchisch differenzierte Struktur gegeben, die auch außerhalb Kairo bestanden habe (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 5; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 18, 66). Doch zugleich wurde Vieles ausprobiert und wieder verworfen, es war ein try-and-error-Verfahren (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 59-62). Anders als bei der Partei der Freien Ägypter traf bei der Dustur-Partei nicht der Parteitag als höchstes Gremium die wichtigen Entscheidungen, sondern das Hohe Komitee, das sich aus dem Parteibüro und den Parteiführern der Provinzen zusammensetzt (ebd.: Absatz 66). Die Gründung der Partei sei lediglich aus einer Notwendigkeit heraus erfolgt, die sich aus der von al-Baradei abgelehnten Reihenfolge des institutionellen Reformprozesses ergeben habe (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 9).

Das im Transitionsprozess weiterhin wirksame Element der Politik von oben verband sich mit einer charismatisch-personalen Organisationskultur. Der in Kapitel II-5.1 beschriebene Charakter von Netzwerken und Netzwerkorganisationen als Amalgam aus materiellen Elementen (Teilnehmer*innen und formalisierte organisationale Bestimmungen) und eher informellen Elementen bestehend aus einer normativen Struktur (Kulturen, informelle Kommunikation, Überzeugungen etc.) lässt sich auf der deskriptiven Ebene somit bestätigen. Qualitativ hatte dies aber negative Konsequenzen für die Herausbildung einer organisationalen Struktur aufgrund des Überwiegens des neopatrimonialen Elements: Es verhinderte weitgehend eine tiefgehende bürokratische Institutionalisierung der Partei (und anderer Parteien), in der formale, satzungsrechtliche Bestimmungen informale

Routinen und Prozesse ersetzen. Zwar ist in einem Transitionsprozess nicht zu erwarten, dass in kurzer Zeit konsolidierte Parteiapparate entstehen, vor allem wenn es sich um Bewegungsparteien handelt. Andererseits benötigen auch Netzwerkkorganisationen einen gewissen Grad an formal-organisatorischer Durchdringung, – auch wenn diese sich in fluiden Hierarchien vollzieht –, um formulierte Organisationsziele effizient realisieren zu können. Die Aushandlung von Positionen, an die spezifische Zuständigkeiten und Rollenerwartungen geknüpft sind, ist auch in loseren Netzwerkzusammenhängen essentiell, um Regelmäßigkeit, Berechenbarkeit, Transparenz und letztendlich Legitimität des Handelns zu erzeugen.

Die mangelhaft ausgebildete Bürokratisierung der Dustur-Partei äußerte sich folglich auf allen organisationalen Ebenen, so etwa die Verwaltung der Mitglieder: Der Mangel an gut organisierten Datenbanken habe dazu geführt, dass man schnell den Überblick verloren habe und die Partei deswegen auch wieder zerbrochen sei. Zwar sollen auf dem Höhepunkt der Entwicklung bis zu 20.000 Mitglieder dabei gewesen sein, was angesichts der Popularität al-Baradeis und der Zustimmung, die er erfuhr, als plausibel angesehen werden kann (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 92). Jedoch konnte niemand sagen, ob diese Menschen aktiv waren, oder nur einmal den Antrag ausgefüllt, bezahlt und dann nie mehr erschienen waren. Auch konnte es sein, dass jemand nicht in der Datenbank vermerkt war und trotzdem den Mitgliedsbeitrag bezahlt hat (ebd.: Absatz 44, 46). Wie bereits in anderen Zusammenhängen erörtert, sprengte diese Zahl die Kapazitäten der Partei: Die organisatorische Kapazität war schlicht noch nicht vorhanden, um diese Zahlen ohne Probleme handhaben zu können (ebd.: Absatz 118). Das Gesetz habe verlangt, über die Parteifinzen Buch zu führen, doch zumeist blieb die Erfüllung dieser Vorgaben, genauso wie die Kontrolle, Stückwerk (ebd.: Absatz 48).

Die Bewegung 6. April, die bereits seit dem Jahr 2008 existiert, besitzt – wenig überraschend – eine territorial und funktional ausdifferenzierte Struktur, was durchaus als Hinweis gelesen werden kann, dass der Faktor Zeit bei der Konsolidierung und organisationalen Ausdifferenzierung eine große Rolle spielt (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 29, 31, 33). Polit- und Verwaltungsbüros treffen die wichtigen Entscheidungen der Organisation gemeinsam. Das Verwaltungsbüro setzt sich dabei aus den Vorsitzenden der verschiedenen Komitees zusammen. Auch hatte die Organisation an den ägyptischen Universitäten ihre Vertreter, die jeweils dem Koordinator aus dem Zentralbüro unterstanden (ebd.: Absatz 31).

Ähnlich der Sozialistischen Volksallianz, gab es verschiedene Komitees, denen je unterschiedliche Aufgaben zugeteilt wurden. Auch die Bewegung 6. April ähnelt in ihrem Aufbau einer Pyramidenstruktur, die durchaus als hierarchisch bezeichnet werden kann. Zu einem gewissen Teil kann dies auf die Geschichte der Organisation zurückgeführt werden: Bis zum Sturz Mubaraks operierte die Organisation praktisch aus dem Untergrund heraus, und ähnlich wie die Muslimbruderschaft legte sie großen Wert auf die Sicherheit und Unversehrtheit ihrer Mitglieder. Effi-

ziente Strukturen, die im Zweifel auch schnelle Entscheidungen ermöglichen können müssen, sind in einer solchen Situation unerlässlich. Konflikte innerhalb der Führungsriege der Bewegung, die sich nach dem Sturz Mursis an der weiteren Ausrichtung der Bewegung entzündet haben, führten in der Folge zu Rissen in der Führung (Carnegie Endowment for International Peace 2011a).

Inwieweit die Bewegung aber einen Überblick über ihre Mitglieder anhand einer Datenbank hatte, ist nicht klar. Angesichts der jahrelangen Verfolgung durch das Regime, erscheint es aber als abwegig, dass eine solche Datenbank existierte. Die Bedingungen des repressiven Autoritarismus verhinderten an dieser Stelle die Ausbildung eines für die Konsolidierung der Organisation wichtigen Faktors.

Wenig bekannt ist über die Organisationsstruktur der Sozialdemokratischen Partei. Gewiss, sie war bis zu einem gewissen Grad territorial und funktional ausdifferenziert – ein wenig überraschender Befund für eine der größeren Oppositionsparteien (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 30). Es lässt sich aber nachvollziehen, dass zunächst ein Parteivorsitzender mit großem Bekanntheitsgrad »eingesetzt« wurde und es zu diesem Zeitpunkt (2011) »keine organisationalen Ebenen« in der Partei gab, dann, im »August oder September 2012« der erste Parteitag stattfand (also nachdem die Partei an den Parlamentswahlen von 2011/2012 teilgenommen und 16 Sitze errungen hatte), bei dem Urwahlen (*intikhabat qaidiya*) für alle Provinzen und Unterbezirke durchgeführt wurden (ebd.). Auch wurden das Politbüro, das Exekutivbüro und der Parteivorstand gewählt. Schließlich wurde die Wahl des zunächst nur eingesetzten Parteivorsitzenden auf diesem ersten Parteitag – ohne Gegenkandidat – nachgeholt (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 30; Ahram Online 2011d).

Die beschriebene Entwicklung unter den neuen Parteien ist angesichts der Umstände plausibel und nachvollziehbar. Das Bestreben, eine demokratische Parteistruktur aufzubauen ist deutlich erkennbar. Jedoch kam Vieles über das Planungsstadium nicht hinaus.

11.4 Intraorganisationale Demokratie

Die innerparteiliche Demokratie gilt als zentraler Kern von Parteien in liberal-demokratischen Systemen. In Deutschland ist dieser Grundsatz sogar im Grundgesetz (Art. 20) verankert. Darunter zu verstehen ist allerdings nicht nur, dass über Posten und Positionen abgestimmt wird, sondern dass die politische Willensbildung »von unten nach oben legitimiert sein muss«, d.h. dass es ausreichend Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitglieder der Parteiorganisation geben muss (Bukow 2013: 91; Bundeszentrale für politische Bildung o.J.). Zudem sind Transparenz in diesen Prozessen und die Rechenschaftspflicht der Partei gegenüber ihren Mitgliedern zentrale Elemente innerparteilicher Demokratie. Innerparteilicher Wett-

bewerb und eine formalisierte Machtrotation gehören ebenso zu den Kriterien wie ein institutionalisierter Konfliktaustrag.

Es wurde im bisherigen Verlauf der Analyse betont, dass ägyptische Parteien strukturell nicht mit den stark organisierten deutschen Parteien zu vergleichen sind, sondern eher mit flach-hierarchisch organisierten Netzwerkorganisationen, die sich relativ flexibel an Umweltbedingungen anpassen. Allerdings ist es demokratietheoretisch zwingend erforderlich, dass auch in loseren Zusammenhängen, wie schwach konsolidierten netzwerkartigen Parteien, die sich durch flache Hierarchien auszeichnen, das Gebot der innerorganisationalen Demokratie durchgesetzt wird.

Zwar wurde in ägyptischen Parteien häufig über Satzungen, Programme und Personen abgestimmt (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 37; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 3; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 28; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 28, 30, 32; Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 90; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 36; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 69-72), die unmittelbaren Beteiligungschancen waren mitunter stark ausgeprägt, v.a. wenn es um die Ausarbeitung der Parteiprogramme ging (Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 56; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 61; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 28; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 20).

Doch ist zu beobachten, dass es keine strukturell konsequente Haltung der Parteien war, dass Beschlüsse und Entscheidungen eben nicht immer Ergebnis eines Willensbildungsprozesses waren, sondern bisweilen von oben der Gesamtorganisation vorgegeben wurden (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 41; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 4; Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 27; Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 39; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 76).

Die Top-Bottom-Struktur, die viele intraorganisationale Prozesse in Ägyptens neuen Parteien auszeichnet, ist allerdings nicht immer Ergebnis einer antidemokratischen Haltung in den Parteien. In manchen Fällen verhält es sich ähnlich, wie in gut konsolidierten, westlichen Parteien: Manche Beschlüsse werden vom Parteitag gefällt, andere Entscheidungen setzt ein Parteivorstand um, nachdem etwa in der Sache bereits ein grundlegender Parteitagsbeschluss erging (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 68).

Informale Elemente in der Entscheidungsfindung werden häufig als undemokratisch, weil nicht transparent und rückgebunden an den Mitgliederwillen, erachtet. Die institutionelle Vorschrift, wonach zur Gründung einer Partei eine Satzung vorhanden sein müsse, führte unweigerlich zu einer Dominanz informaler Prozesse in den Parteien, bei denen im kleinen Kreis künftige Leitlinien der Partei

besprochen wurden (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 40; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 24).

An dieser Stelle hat die institutionelle Kontrolle einer zentralen Behörde durch das (noch) herrschende Regime verhindert, dass die neu entstehenden Parteien sich frei entwickeln konnten. Ähnliches galt auch für die Entwicklung von Parteiprogrammen: Das Political Parties Comitee, welches die institutionellen Regeln für die Zulassung neuer Parteien festlegte und regelte, wurde im Transitionsprozess weiterhin vom SCAF kontrolliert; Vorsitzender bis zum Sturz Mubaraks war der Generalsekretär der ehemaligen Nationaldemokratischen Partei Mubaraks (Guirguis 2011; Human Rights Watch 2007: 2). Zwar wurde er danach durch Mitglieder der Judikative ersetzt, jedoch sind viele Mitglieder der Judikative durch die Exekutive ernannt, so dass an dieser Stelle eine Verbesserung der Zulassungschancen neuer Akteur*innen erzielt wurde, jedoch keine grundlegende Veränderung des Zulassungsprozesses politischer Parteien durchgesetzt wurde (Guirguis 2011). Es zeigt sich an dieser Stelle des politischen Prozesses ein weiteres Mal, dass die hohe Steuerungsfähigkeit des Staates die herrschende Regimekoalition in die Lage versetzte, den Reformprozess entscheidend zu beeinflussen.

Patronagenetzwerke, Klientelismus bei der Besetzung von Organisationsposten und Korruption – wie sie hier zum Ausdruck kommen – sind tief in die ägyptische Gesellschaft eingeschriebene Muster der Organisation, der Machtverteilung und Profitmaximierung in der Wirtschaft, die nach der Entmachtung Husni Mubaraks wirksam blieben (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 11; Interview – Monumentspartei, 2016: 7; 25; Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 125). In ihrer Studie über die Verflechtungen von Geschäftsleuten und Staat in Ägypten bestätigt El Tarouty diesen Befund (2015: Kapitel 4). Sie beschreibt, wie sich diese selbst erhaltenden Netzwerke, die geschäftliche Interessen gegen politische Gefälligkeiten und umgekehrt tauschen, unter Mubarak etabliert hätten. Die staatliche Allokation von Ressourcen (Land, Kapital) sei nach den Interessen kleiner Netzwerke innerhalb der politischen und Wirtschaftseliten erfolgt und nicht nach den Erfordernissen und Bedürfnissen der Bürger*innen. In der Folge konnte das unter Mubarak etablierte politische System lange überleben, Reformmaßnahmen scheiterten an den starken Verflechtungen zwischen Staat und Wirtschaft. Auf der anderen Seite konnten Unternehmer, die ihre Wirtschaftsmacht nicht in den Dienst der Herrschaftseliten stellten, durch den Entzug von Aufträgen abgestraft werden (ebd.). Naguib Sawires, Gründer der Partei der Freien Ägypter, etwa war Teil dieses Geflechts und profitierte von der Nähe zur Mubarak-Familie und deren erweitertem Kreis auf verschiedenen Ebenen des ägyptischen Regierungssystems. Es ist kaum anzunehmen, dass diese Netzwerke nach dem Rücktritt Mubaraks und der Gründung der Partei der Freien Ägypter nicht mehr aktiv waren.

Was im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Programmen und Satzungen analysiert wurde, gilt auch hier: Die Top-Bottom-Struktur in den neuen Parteien war der politischen Situation geschuldet, die oftmals ein sehr schnelles Handeln erforderlich machte oder den Aufbau innerparteilicher Strukturen behinderte, weil die vorhandenen Ressourcen auf aktuelle Geschehnisse fokussiert werden mussten (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 74, 105-106; Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 162; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 30; 104). Dieser Zusammenhang lässt sich an verschiedenen Feldern festmachen (sowohl inhaltlicher als auch struktureller Art) und ist selbst in etablierten Parteien ein bekanntes Phänomen: Zielkonflikte zwischen partizipativen Elementen der Organisation und zum Beispiel einer effizienten Verwaltung können für erhebliche Spannungen und Konflikte im Parteiapparat sorgen. Das Erfordernis der Effizienz in Zeiten des Umbruchs, die geprägt sind von einem hohen Grad an Unsicherheit auf Seiten der Akteur*innen, ist sehr schwierig zu erfüllen, wenn man zudem deren Unerfahrenheit berücksichtigt (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 24; 162).

Die Kategorie (mangelnder) Routine, die gewiss schwieriger zu erfassen und zu operationalisieren ist, spielte in vielen Parteien eine große Rolle: Etwa, wie Abläufe organisiert werden, so dass sie ohne großen Aufwand leicht wiederholbar werden, die Etablierung einer langfristigen Perspektive in der Arbeit etc. (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 74; Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 90). Das Erfordernis auf Ereignisse und Fragen, die schnelle Entscheidungen benötigen, zu reagieren, führte oftmals dazu, dass keine Routinen und Verfahren ausgebildet werden konnten, es mitunter zu Streit über die richtige Reaktion kommen konnte (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 74). In diesem Sinne, erscheinen die Dominanz von Top-Bottom-Strukturen, die mangelhafte Ausbildung von etablierten Organisationsroutinen und -verfahren sowie die fehlende langfristige Orientierung der Parteien als Begleiterscheinungen eines nur schwach konsolidierten Parteiensystems, als Kinderkrankheiten. Wie der folgende Abschnitt zeigen wird, nahmen dadurch die intraorganisationalen Konflikte zu, die Konfliktfähigkeit gegenüber der Regimekoalition ab.

11.5 Konflikte und Brüche

Parteien sind keine homogenen Entitäten, sondern in doppelter Hinsicht heterogen: Einmal hinsichtlich der Individuen in einer Partei, die unterschiedliche inhaltliche Interessen verfolgen. Abhängig von ihrer Rolle in der Partei, verfolgen diese Individuen andererseits heterogene Handlungslogiken in den Aushandlungsprozessen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Diese »doppelte Heterogenität« eröffnet ein dauerhaftes Spannungsfeld für Parteien, das vor allem in ihrer Konstituierungs- und Konsolidierungspha-

se direkten Einfluss auf ihre Konfliktfähigkeit nimmt sowie das Potential in sich birgt, die Organisation implodieren zu lassen, wenn nicht innerparteiliche Ausgleichstrukturen geschaffen werden, die die verschiedenen Interessenlagen austarieren und die Aushandlungsprozesse auf eine Ebene führen, die eine zielgerechte Bearbeitung erlaubt (Bukow 2013: 56ff.). Instrumenten institutionalisierter Streitschlichtung (Schiedsgerichte), die in konsolidierten Parteiapparaten satzungsrechtlich verankert sind, kommt daher eine entscheidende Bedeutung bei der Konsolidierung von Parteiorganisationen zu (ebd.: 117).

Wie die bisherige Analyse gezeigt hat, war die Entwicklung der Parteien in Ägypten von diversen politischen und organisationalen Dilemmata und Auseinandersetzungen geprägt. Konflikte entzündeten sich immer wieder an verschiedenen innerorganisationalen und politischen Themen. Streitschlichtung in Form von Partei-Schiedsgerichten oder anderen institutionalisierten Organen gab es in den Parteien und ihren Satzungen – soweit als Quelle einsehbar – praktisch nicht (Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 6). Der Parteiführer als oberste Instanz hat manchmal politisch vermittelt und zwischen den Mitgliedern geschlichtet, doch dieses Modell ist in einer großen Organisation dauerhaft nicht tragbar (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 37).¹⁶

Die Dustur-Partei hatte ein Organ namens »Komitee der Richter« eingerichtet, das für Konfliktlösungen zuständig war. Jedoch seien Versuche gescheitert, die Konflikte einzuhegen, auch weil es an fest institutionalisierten Konfliktregelungsmechanismen gefehlt habe, die allen als Orientierung dienen könnten. Das »Komitee der Richter«, das die Partei zu diesem Zweck eingerichtet hatte, konnte seine Funktion letztendlich nicht erfüllen, da die Konfliktodynamiken die regulatorischen Mechanismen an Komplexität und Intensität um einiges übertrafen:

»Wenn es einen Konflikt gibt: Wie lösen wir ihn?« Aber es gab keine Maßnahmen, die bei der Errichtung der Partei getroffen worden wären, um Konflikte zu kategorisieren und sie lösen zu können. Man hätte Instrumente entwickeln müssen, um die Menschen aus verschiedenen [politischen] Richtungen integrieren zu können. [...] Es [Komitee der Richter] konnte seine Rolle nicht erfüllen, weil die Konflikte schneller [entstanden], häufiger und tiefer waren, als dass man sie hätte lösen können. Zum Beispiel gab es keine Vorstellung darüber – wie in jeder anderen Partei auf der Welt in den USA, England etc. – dass es Flügel innerhalb der Partei, Strömungen gibt. Es gibt Menschen, die eher im rechten Flügel der Partei zu ver-

16 In diesem Abschnitt wurde vornehmlich auf die Interviewdaten zurückgegriffen, weil innerparteiliche Prozesse en Detail nur in Ausnahmen Gegenstand der medialen Berichterstattung oder auch der bisherigen Forschungsliteratur sind und die Satzungen der untersuchten Parteien – wie in Kapitel IV-11.3.2 beschrieben – mit Ausnahme der Satzung der Freien Ägypter, nicht zugänglich waren.

orten sind, manche eher links, andere in der Mitte, im Mainstream. Es gibt auch einen Jugendflügel etc.« (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 36)

Heterogenität in der Partei, Unerfahrenheit im Umgang mit Konflikten sowie der Fortgang der Ereignisse haben zu einer Überforderung der Partei geführt. Das Komitee der Richter schien keine verfahrenstechnischen Instrumente entwickelt zu haben, welche die Streitigkeiten zwischen den beteiligten Individuen schlichten konnte. Im Konflikt mit dem Regime konnte auf diese Weise die innere Kohäsion nicht hergestellt werden, die notwendig ist, um die Konfliktfähigkeit der Organisation zu erhöhen.

Die Partei der Freien Ägypter etwa habe zwei Komitees für Streitschlichtung eingerichtet, eines für die »normalen Mitglieder« und eines »kümmert sich um die Mitglieder des Hohen Komitees [Partei Vorstand] und die politischen Führungskader« (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 37).

Laut Satzung der Freien Ägypter ist ein Komitee – ähnlich einem Ältestenrat – für die Konfliktlösung zwischen einzelnen Mitgliedern sowie zwischen Parteiführung und einzelnen Mitgliedern zuständig (Partei der Freien Ägypter 2012: Artikel 63). Dieser Rat soll aus 5-15 Gründern und Finanziers der Partei bestehen, die »langjährige Erfahrungen in verschiedenen Bereichen gesammelt haben, um die Partei beraten zu können« (ebd.: Artikel 58, 59, eigene Übersetzung). Die Angehörigen dieses Rates dürfen zugleich keine Ämter innerhalb der Partei bekleiden, sodass Interessenkonflikte ausgeschlossen werden (ebd.: Artikel 58).

Die Sozialdemokratische Partei hingegen schien keinen institutionalisierten Konfliktlösungsmechanismus etabliert zu haben. Dort ist lediglich die Rede von »Konfliktmanagement« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 192). Parteiausschluss, ein weiteres, sehr starkes Instrument bei parteischädigendem Verhalten oder individuellen Verstößen, existierte hingegen nicht bei den Sozialdemokraten (ebd.: Absatz 204).

Die Partei Sozialistische Volksallianz war geprägt von vielen politischen Konflikten, die u.a. daraus resultierten, dass sie ein Konglomerat von zum Teil sehr kleinen linken Strömungen war (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 36, 40).

Bereits bei der Gründung der Partei und der geplanten Abstimmung über das Parteiprogramm kam es zu ersten Spaltungen, die sich 2013 bei der Frage, ob man as-Sisi unterstützen solle, fortsetzten (ebd.: Absatz 28, 4). Dies hatte unmittelbar mit den ideologischen Konflikten in der Partei zu tun, die zwischen den Altlinken der Tagammu tobten, und die die Muslimbruderschaft ohne Einschränkung ablehnten und den anderen linken Strömungen in der Partei, etwa den Trotzkiten, die einem möglichen Bündnis mit der Muslimbruderschaft und der Präsidentschaft Mursis offener gegenüberstanden. Die innerparteiliche ideologische Polari-

sierung war in dieser Frage sehr stark ausgeprägt und führte im Juli 2013 zu einem offenen Bruch (ebd.: Absatz 4, 108).

Unter den annähernd 300 Mitgliedern, die die Partei verließen befanden sich viele hochrangige Funktionäre der Partei (Ahram Online 2013f). Sowohl die jungen Revolutionäre als auch der Tagammu-Flügel (der mehrheitlich aus älteren Männern bestand) waren Anhänger*innen von Tamarrud, der Kampagne also, die im Frühjahr 2013 Fahrt aufnahm, um Neuwahlen zu fordern, jedoch unterschiedliche Beweggründe hatten (Kap. IV-13.5): Während Erstere die Ideale der Revolution gefährdet sahen und deshalb an der Kampagne partizipierten, sahen die anderen die Nation gefährdet und protestierten deshalb. Mit dem Militär und as-Sisi »hatten sie [Tagammu] einfach kein großes Problem [...]. Ein Nasserist hat keine Probleme mit Folter« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 110).

Damit wird ein Interessengegensatz und Generationenkonflikt innerhalb der Volksallianz sichtbar, der zwischen dem historisch gewachsenen Flügel der Nasseristen und den jungen Revolutionären vom Tahrir-Platz sich in Kategorien von Reform und Revolution, Religion und Säkularismus übersetzen lässt und sich auch auf die politische Identität der Partei auswirkte: Die alten, arrivierten Herren der Tagammu wollten höchstens Reformen, das bestehende System wollten sie aber nicht stürzen, wohingegen die jungen Revolutionäre einen Rechtediskurs führten, der die grundlegenden Funktionsbedingungen des Regimes wie politische Haft, Repression, Parteienverbot etc. in Frage stellte:

»Den neuen Flügel zeichneten seine Diversität und Sensibilität hinsichtlich der Islamisten aus. Also was ist deine [Tagammu] Priorität? Siehst Du den Hauptkonflikt als Konflikt zwischen Religion und Säkularismus oder siehst Du in erster Linie einen Klassenkonflikt oder Revolution vs. keine Revolution, also bist Du für die Revolution oder gegen die Revolution?« (Ebd.: Absatz 40)

Sehr interessant ist an dieser Stelle die Verortung der Hauptkonfliktlinie zwischen Revolution/Nichtrevolution und die Ablehnung einer religiös-weltlichen Konfliktlinie zwischen Islam/Säkularismus. Dieser Konflikt existierte in allgemeinerer Form bereits bei der Organisierung der Proteste und spaltete die Gesellschaft in Befürworter*innen der Revolution und Gegner*innen, zum Teil entlang sozialstruktureller Klassenlagen (Kap. IV-10.1.4). Mehr noch: Die religiöse Konfliktlinie kann als ideologische Überformung bzw. Artikulationsform des grundlegenden Klassenkonfliktes interpretiert werden. Die Konfliktlinie zwischen prorevolutionären und antirevolutionären Kräften innerhalb einer Partei kann mit transitionstheoretischen Überlegungen zu Divisionen zwischen Hard- und Softlinern innerhalb der Opposition erklärt werden, die ausschlaggebend für das Gelingen eines Transformationsprozesses sind: Nur wenn diese Divisionen zwischen radikaleren und moderaten Elementen innerhalb der Opposition konsensuell überwunden werden, können die Akteur*innen die notwendige Konfliktfähigkeit ausbilden, kann das Regime

diese Konflikte nicht zu seinen Gunsten ausnutzen und die Opposition noch weiter schwächen (Kap. I-2.3.1) (vgl. auch Lust-Okar 2004, 2011).

Bei der Sozialistischen Volksallianz wurden diese Konflikte offensichtlich nicht eingeeht: Sogar Verratsvorwürfe und persönliche Beleidigungen zwischen den verfeindeten Lagern waren an der Tagesordnung, weil der Konflikt sich nicht auf die Umsetzung bestimmter Politik-Maßnahmen beschränkte, sondern weil tieferliegende, historisch tradierte Auffassungen über Staatsführung, Zivilgesellschaft und das Verhältnis zur Muslimbruderschaft¹⁷ und anderen Akteur*innen aus dem islamischen Spektrum, wie die Partei Starkes Ägypten (*misr al-qawiya*), aufeinanderprallten (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 44; 78):

»Aber alles andere, etwa die Beziehungen zur Armee und den Islamisten, Standpunkte zum Staat, zu Rechten und Freiheiten – da sind wir komplett unterschiedlicher Meinung, zerstritten. Wir haben da keine einheitliche Agenda. [...] Es gibt Leute in der Partei oder in der Linken, die kein Problem haben und das nicht als Problem sehen mit einem Verantwortlichen aus dem Staatsapparat zusammensitzen, in einem Meeting zum Beispiel, aber zugleich es als sehr problematisch ansehen, wenn jemand sich mit den Brüdern trifft. Natürlich gab es Leute, die genau das Gegenteil waren: Wenn ich mit jemandem von den Brüdern zusammensitze/das ist eine Sache, die verziehen werden kann, auch wenn es zu kritisieren ist. Aber sich mit jemandem aus der NDP zusammensetzen, also das ist der große Verrat.« (Ebd.: Absatz 110)

Hinsichtlich der Kohärenz der Partei ist diese, durchaus als historisch gewachsen zu bezeichnende Bruchlinie (Alt vs. Jung) und mit ihr verbundene Konfliktlinien wie Klasse, Geschlecht, ideologisch-politische Positionierung und demokratische Haltung, natürlich ein kaum zu überbrückendes Hindernis, weshalb es auch zu Auflösungserscheinungen in der Volksallianz kam (ebd.: Absatz 40, 44).

Auch in der Dustur-Partei brachen immer wieder Generationenkonflikte auf, die sich aber nicht an einer umstrittenen Parteiideologie entzündeten, sondern an den organisationalen Strukturen, den Hierarchien und der Machtverteilung innerhalb des Parteiapparats. Dies hatte oftmals zur Folge, dass sich jüngere Menschen aus der Partei zurückzogen und in anderen Zusammenhängen versuchten, politisch zu partizipieren (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017:

17 Die nasseristische Tagammu war nicht zuletzt deswegen vehement gegen Mursi und eine Annäherung an die Muslimbruderschaft, weil ihre Kader in den 1970er Jahren erlebt haben, wie der damalige Präsident Anwar as-Sadat die unter Nasser unterdrückte Muslimbruderschaft rehabilitierte, um sie gegen die starken nasseristischen Kräfte zu instrumentalisieren, die seine neu gewonnene Herrschaft bedrohten. Oder in den Worten eines Mitglieds der Sozialistischen Volksallianz: Der Staat habe damals »die Linke mit Hilfe der Islamisten fertig gemacht«, vgl. Jadalijya (2011b); Interview – Partei Sozialistische Volksallianz (2016: Absatz 48).

Absatz 13; Interview – Uni Cairo Aktivist, 2017: Absatz 29). Die Konfliktfähigkeit, die eine Bewegungspartei wie die Dustur-Partei mit ihrer breiten Unterstützung entwickeln könnte, blieb hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Eine weitere Konfliktlinie und sich überlagernde Spaltungen lassen sich innerhalb der Bewegung 6. April im Zusammenhang mit der Unterstützung von Mohammed Mursi beobachten:

»Es gab eine Spaltung, als [Mohammed] Mursi an die Macht kam und wir entschieden, ihn zu unterstützen. Es gab eine Fraktion der Bewegung 6. April, die sich gegen die Kandidatur von Mohammed Mursi ausgesprochen hat. Sie sagten: ›Wir sind dagegen und wollen ihn nicht unterstützen.« Das war das, was sie offen zugegeben haben. Derjenige, der diese Fraktion angeführt hat, heißt Tarek al-Khudi. Er ist zur Zeit [2016] Parlamentsabgeordneter und unterstützt as-Sisi. Und nach dem 30.06. hat er behauptet, 6. April sei eine terroristische Organisation und müsse aufgelöst werden. Er hat das öffentlich so gesagt und ist aus 6. April ausgetreten. [...] Sein Ziel ist die Spaltung der Bewegung. Er will sie verkleinern.« (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 83)

Zwar wird die Spaltung an der Agitation eines einzelnen und seiner Unterstützer*innen festgemacht, die vermeintlich bezahlte Sicherheitsbüttel des Regimes sind. Es fällt jedoch auf, dass eine durchaus konsistente, legitime politische Haltung bei der Fraktion zu erkennen war, die von Tarek al-Khudi angeführt, der Bewegung den Rücken kehrte:

»Sein [al-Khudis] Ziel ist die Spaltung der Bewegung [...]. Wir hatten keine Mittel/Wir, die wir zu Ahmad Maher¹⁸ hielten und entschlossen waren, Mursi zu unterstützen, damit [Ahmad] Shafiq¹⁹ nicht an die Macht kommt. Mursi musste gewinnen, damit Shafiq nicht zurückkehrt. Aber diese Leute wollten weder Shafiq noch Mursi – sie setzten sich für einen Boykott ein. ›Und Ahmad Maher wollen wir auch nicht, setzt jemand anderen an der Spitze ein.« Sie erfanden einige Dinge, wie z.B., dass Ahmad Maher keine innerorganisatorischen Wahlen zulasse und die Geschichte mit Mursi und andere politische Geschichten, die es aber schon seit Gründung der Bewegung gab, sie holten das alles nochmals hervor, ihr Ziel war die Spaltung.« (Ebd.)

Der Vorwurf der mangelhaft ausgebildeten innerorganisatorischen Demokratie, der in dieser Aussage mit der Person des Gründers verknüpft wird, weist auf tieferliegende Konflikte in der Bewegung hin und ist mit einem Hinweis auf eine ver-

18 Einer der Gründer*innen und Vorsitzender der Bewegung 6. April.

19 Ahmad Shafiq war während der Revolution bis zum Rücktritt Mubaraks kurzzeitig Premierminister Ägyptens und trat bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen in der Stichwahl gegen den Kandidaten der Muslimbruderschaft, Mohammed Mursi, an, vgl. Kap. IV-12.1.2.1.

meintliche oder tatsächliche Sabotageaktion durch einen Staatsspitzel nur ungenügend erklärt (wiewohl dies nicht von der Hand zu weisen ist). Wie die bisherige Untersuchung gezeigt hat, mangelt es in dieser Hinsicht nicht nur der Bewegung 6. April an Transparenz, so dass der Vorwurf durchaus seine Berechtigung haben kann.

Schließlich ist die Bewegung 6. April laut Selbstdefinition eine überideologische (Widerstands-)Bewegung, die in erster Linie das Ziel verfolgt, als außerparlamentarische Opposition zu fungieren, um auf diese Weise »ein demokratisches Regime« zu etablieren sowie Freiheit, politischen Pluralismus und Demokratie zu verwirklichen (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 105; Carr 2012). Dass sich in einer solchen Bewegung widerstreitende Interessen begegnen können, ja dass es eine innerparteiliche Opposition gibt, ist plausibel und nachvollziehbar.

Die sozialdemokratische Partei Ägyptens war mit derselben Konfliktlinie konfrontiert, die eine weitere Konsolidierung erschwerte und offenbar nicht gelöst werden konnte, da es zu Parteiaustritten kam: Wie umgehen mit der Muslimbruderschaft und as-Sisis Machtübernahme (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 192)? Im Gegensatz zur Bewegung 6. April zeigt sich jedoch ein differenzierterer, zugleich aber hochumstrittener Umgang mit dieser Frage. Zwar wurde eine Unterstützung as-Sisis von der Partei tendenziell abgelehnt, eine Militärherrschaft entspreche nicht den Prinzipien der Partei, jedoch werden Mitglieder akzeptiert, die as-Sisi »wegen der Sicherheit« unterstützen, ansonsten aber demokratische Werte vertreten und »Autoritarismus ablehnen« (ebd.: Absatz 196-198). Gleichwohl gab es aber Abspaltungen von Unterstützer*innen as-Sisis aufgrund dieser Frage (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 192; Ahram Online 2014). Sie schlossen sich der Partei der Freien Ägypter an, nachdem bereits einige Tage vor dem 30. Juni 2013 Risse in der Partei über die Frage der Unterstützung der Proteste aufgebrochen waren (Ahram Online 2014).

Die Frage der Unterstützung von Präsidentschaftskandidaten und von anderen Parteien hat immer wieder dazu geführt, dass heftige Konflikte ausgebrochen sind, die eine weitere Konsolidierung und Erhöhung der Konfliktfähigkeit der Partei verhindert haben. Sowohl bei der ersten Präsidentschaftswahl 2012 als auch bei der offiziellen (Schein)Wahl as-Sisis 2015, als der Nasserist Hamdin Sabbahi gegen ihn antrat, kam es zu Spaltungen und Streitereien. Die Parteiführung konnte keinen verbindlichen Kurs vorgeben, im Falle der ersten Präsidentschaftswahl enthielt sich die Partei deswegen eines öffentlichen Votums (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 206).

Der erratische Kurs der Sozialdemokraten gipfelte darin, dass 2015²⁰ eine Parteiabstimmung unter den Mitgliedern ergab, as-Sisi offiziell zu unterstützen, die Partei dies aufgrund ihrer Parteiprinzipien ablehnte und darauf verwies, dass es eben »keine klare Mehrheit« sei, die as-Sisi unterstütze (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 208, 210; Ahram Online 2014). Die folgenden Abspaltungen von der Partei dürfen in diesem Kontext nicht überraschen. Vielmehr muss überraschen, dass die Mitglieder den Widerspruch zwischen ihrem Wahlverhalten und den Prinzipien der Partei, deren Mitglieder sie sind, nicht wahrgenommen haben. Während die politische Linie der Partei weder kohärent noch konsequent ist (Ablehnung einer Militärherrschaft, Positionierung gegenüber demokratischen und liberalen Verfahren und Normen, Duldung von Anhänger*innen einer solchen), ist es diejenige der Mehrheit der Mitglieder auch nicht.

Es deutet auf eine Durchsetzungsschwäche der Organisation hin, eine Art fehlende Konfliktfähigkeit und Verbindlichkeit nach innen, die dazu führt, dass politische Fliehkräfte recht einfach zu einem faktischen Kollaps der Organisation führen. Mit ideologischen Konflikten, wie sie in der Volksallianz zutage traten, hat dies bei den Sozialdemokraten aber nur bedingt zu tun. Vielmehr bricht sich an diesem Konflikt etwas Bahn, das als Kampf um die Deutungshoheit über die Revolution, innerparteiliches Ringen und eine Schwäche der Identifikation mit demokratischen Verfahren und Normen gesehen werden kann, über die eigentlich weitgehend Konsens herrschen müsste (Sozialdemokratische Partei Ägyptens o.J.a; Ahram Online 2011d; Carnegie Endowment for International Peace 2011b). Die Schwäche der formalen organisatorischen Strukturierung, die programmatische Schwäche sowie nur mangelhaft ausgebildete kollektive politische Identität haben ihr Übriges dazu beigetragen.

Alle diese Konflikte zeigen ein weiteres Mal, dass Sachpolitik in der Phase ab 2011 in den Parteien kaum eine Rolle gespielt hat, sondern die großen Fragen der Staatsorganisation und -reform sowie der ideologischen Verortung, vielleicht auch der ideologischen Selbstfindung, die politische Agenda dominierten. Ideologische Standpunkte scheinen jeweils unverhandelbar gewesen zu sein, Macht- und Geltungskämpfe waren die logische Konsequenz daraus. Eine unversöhnliche Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft war in Teilen wichtiger, als eine eigene, konsistente politisch-ideologische Haltung zu entwickeln, die essentiell für Organisationskohäsion und damit die Konfliktfähigkeit der Parteien ist sowie für eine parteimäßig etablierte, klare Cleavage-Struktur.

Eher wurden von konfligierenden Strömungen der Bruch der Partei und damit die Zerstörung der eigenen politischen Artikulationsform in Kauf genommen, als

20 Die hier betrachtete Episode ereignete sich ca. zwei Jahre nach Ende des Untersuchungszeitraums dieser Studie. Dennoch wird sie miteinbezogen, da sie die politischen Entwicklungen und Dynamiken in der Partei sehr gut veranschaulicht.

Mechanismen der Streitmoderation und des Interessenausgleichs zu entwickeln sowie verbindliche Organisationsprinzipien dafür festzulegen.²¹ Der folgende Abschnitt wird die Bedeutung organisationaler Mechanismen noch einmal verdeutlichen, indem er Einschätzungen der säkularen Parteien über die Organisationsstärke der Muslimbruderschaft kontrastierend Einschätzungen über die eigene organisationalen Schwäche gegenüberstellt.

11.6 Organisieren, Organisiertheit und Organisat säkularer Parteien

Organisieren als Tätigkeit, Organisiertheit als Zustand und Organisat als Resultat des Organisierens stehen im Mittelpunkt dieses Kapitels. Damit sind drei Grundelemente aus der Organisationslehre benannt, die Prozesse, Strukturmerkmale und Strukturen beschreiben (Sydow/Wirth 2014: 8). Organisationen werden darüber hinaus nicht nur als einzelne Entitäten begriffen, sondern als Kollektive, als Netzwerkorganisationen (Kap. II-6). Sydow folgend werden Organisationen nicht als reine Institutionen bzw. Erbringer funktionaler Erfordernisse betrachtet, sondern auch »als soziale Praktik«, in deren Mittelpunkt das reflexive Verhältnis von organisationaler Struktur und Akteur*in steht (2014).

In einer Erweiterung dieses Gedankens gilt es auch, die Frage in den Mittelpunkt zu rücken, wieso die Organisation der Muslimbruderschaft gegenüber anderen Organisationen einen sowohl objektiv beobachtbaren Vorsprung in der Organisiertheit hat als auch einen subjektiv wahrgenommenen durch die neuen Parteiakteur*innen. Dies entspricht auch dem relationalen Ansatz dieser Arbeit, wonach kollektive Akteur*innen in ihrer Form und in ihren Zielen durch ständige Bezugnahme aufeinander und auf die Umweltbedingungen sich konstituieren.

Die Organisierung der säkularen Parteien galt den Akteur*innen selbst als schwach insbesondere im Vergleich zur Muslimbruderschaft. Dies hatte vielfältige Implikationen auf den Prozess ihrer Konsolidierung als auch auf ihre Verhandlungsposition mit anderen staatlichen sowie nicht-staatlichen Akteur*innen. Ohne das Ergebnis vorwegnehmen zu wollen und bei aller gebotenen Vorsicht bei der Interpretation der Daten: Sehr häufig wird auf vermeintliche informale Organisationselemente *und* auf objektive Faktoren der Organisation der Muslimbruderschaft durch säkulare Akteur*innen verwiesen, wenn es um deren bessere Organisiertheit geht. Kaum einmal werden Versäumnisse in der Organisierung

21 Damit ist nicht die Entwicklung hierarchischer Organisationsformen gemeint, sondern Organisationsprinzipien, die über die kurzfristige Mobilisierung von Unterstützung hinaus, ein dauerhaftes Funktionieren der Organisation ermöglichen und garantieren (vgl. den folgenden Abschnitt).

der eigenen Partei geltend gemacht. Deswegen interessieren im Folgenden ein-gesetzte Erklärungsmuster der säkularen Akteur*innen, aus denen – *vorläufige* – Rückschlüsse auf die Organisationskultur und die Struktur der Parteien gezogen werden können.

Zu den informalen Elementen innerhalb der Muslimbruderschaft gehört das sogenannte Gehorsamsprinzip, das dort vorherrschen würde²² (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 74-76). Impliziert wird damit eine autoritäre Organisationskultur, die in Abgrenzung zur eigenen keine demokratisch legitimierten Verfahren der Willensbildung, der Entscheidungsfindung und der Transparenz kenne (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 131). In der Folge führe dies zu weniger Streit, die Organisation sei insgesamt kompakter, die Organisierung werde dadurch »sehr, sehr, sehr erleichtert« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 48).

Ideologisch wird das Gehorsamsprinzip und dessen Wirkmächtigkeit auf das Prinzip der Gemeinschaft (*gamaa*) zurückgeführt, das in der Muslimbruderschaft eines der zentralen ideologischen Pfeiler darstellt. Anders als beim zentralen islamischen Konzept der Ummah, ist man nicht qua Religionszugehörigkeit oder Geburt Teil der Gemeinschaft (*gamaa*) der Muslimbruderschaft, sondern muss sich diesen Status erarbeiten (Mustafa 2013b: 79ff.).²³ Innerhalb der Gemeinschaft gliedert eine strenge Hierarchie die Funktionsränge und scheidet diese von den einfachen Mitgliedern. Zum Teil werden die einfachen Mitglieder der Muslimbruderschaft als weisungsgebundene Befehlsempfänger dargestellt, ganz explizit als »Schafe«²⁴ bezeichnet (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 131; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 8):

»Alle hören auf das Gesagte, denken nicht und ›Gehorsam ist blind‹. Sicherlich hat ein Teil davon damit zu tun, dass diese Leute eine bestimmte religiöse Position einnehmen. Die Leute, die sich diesen Organisationen anschließen, also ihre Mehrheit, ist anderen Dingen gegenüber nicht sehr offen. Und wer das doch ist,

-
- 22 Diese Formulierung ist bewusst im Konjunktiv gehalten, da der Autor nicht überprüfen kann, inwieweit diese oft wiederholte Behauptung den Tatsachen entspricht.
- 23 Vgl. auch Al-Shater, hochrangiges Mitglied der Muslimbruderschaft, der kurz nach dem Sturz Mubaraks an der Universität von Alexandria in einem Vortrag das sogenannte Renaissance-Projekt (*nahda*) der Organisation vorstellte. Darin umriss er Leitlinien einer muslimisch inspirierten Erneuerung der Gesellschaft nach Mubarak. Zentral in seinem Konzept ist also die Sammlung der Menschen in einer Gemeinschaft unter Führung der Muslimbruderschaft (2012).
- 24 Vgl. Schielke, der die zunehmende Polarisierung in Ägypten beobachtet und den Prozess der sprachlichen Entgleisungen beschrieben hat. Umgekehrt nahmen auf Seiten der Muslimbruderschaft Bezeichnungen wie Säkularist*in (*almaniy*) und Liberale*r (*liberaliy*) für die säkulare Opposition zu, was in sehr konservativen Kreisen mit Ungläubige*r (*kafir*, pl. *kuffar*) gleichgesetzt wird (2014: 6).

der geht dann auch. Das hat geholfen, eine feste Gruppe zu bilden, eine Gemeinschaft (*gamaa*), die bestimmten Dingen gehorcht. Das erleichtert die Idee der Organisierung.« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 48)

Es fällt bei dieser Bestimmung ferner auf, dass Anhänger*innen der Muslimbruderschaft unterstellt wird, sie würden nicht denken. Das bereits analysierte politkulturelle Strukturmerkmal des Paternalismus verbindet sich an dieser Stelle mit Klassenvorurteilen gegenüber der vornehmlich urbanen Anhängerschaft der Muslimbruderschaft, die als der Religion zugewandt dargestellt wird, weil sie »ungebildet, analphabetisch, arbeitslos und ohne Kultur« sei (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 125). Der Führungsebene der Muslimbruderschaft wird zugleich vorgeworfen, dass sie den Glauben der Menschen ausgenutzt habe, um politische Ziele zu verwirklichen. Dass eine feste Organisation einer kohärenten Ideologie bedarf – unabhängig von ihrer Bewertung – die die meisten säkularen Akteur*innen nicht hatten, wird oft ignoriert. Kritik wird lediglich am politischen Gegner geübt, seine Organisiertheit als Indiz für Autoritarismus gewertet.

Dass die Muslimbruderschaft eine in bestimmten Segmenten der ägyptischen Gesellschaft tief verwurzelte Organisation ist, die ferner eine kohärente Ideologie vertrete, die wichtig für die Organisationskohäsion sei und zudem über reichhaltige materielle Ressourcen verfüge, wird in der Bewertung der eigenen organisationalen Konstituierung von säkularer Seite eher nicht erörtert (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 48; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 76, 78). Zu ergänzen ist an dieser Stelle der große Wohlfahrtsapparat der Muslimbruderschaft, der seit Jahrzehnten Schulen, Krankenstationen, Armenspeisung und noch Vieles mehr umfasst. Im Gegensatz zu politischer Aktivität wurde diese Art der Betätigung, v.a. unter Mubarak geduldet, weil sie in gewisser Weise seine Herrschaft stabilisierte, indem sie ausbleibende staatliche Sozialleistungen und »die schlimmsten Auswüchse des wirtschaftlichen Nepotismus und Staatsversagens« auffing (Mustafa 2013b: 186).

Die Legitimität, die die Muslimbruderschaft durch diese Tätigkeiten und ihre Funktion im politischen System Ägyptens erlangte, wirkt auch über den Fall Mubarak als mobilisierendes Element – auch wenn viele Menschen, die auf die Dienste der Muslimbruderschaft nicht angewiesen sind oder waren, die Organisation für ihre systemstabilisierende Funktion unter Mubarak kritisieren.

Zugleich baute die Muslimbruderschaft durch diese Tätigkeiten politische Patronage-Verhältnisse auf, die sie leicht aktivieren und in Form von Wählerstimmen umwandeln konnte, als das Parteienverbot im Frühjahr 2011 aufgehoben wurde. Doch genau dieses wird der Muslimbruderschaft häufig zum Vorwurf gemacht (vgl. auch Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 7): All diese Faktoren hätten die Muslimbruderschaft in Vorteil gesetzt, die Parlamentswahlen 2011/2012 zu gewinnen, die anderen (säkularen) Organisationen seien nicht bereit

gewesen (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 85). Wie bereits festgestellt, waren die säkularen Organisationen in vielerlei Hinsicht tatsächlich nicht bereit, in einen Parteienwettbewerb einzutreten. Den organisationalen Vorsprung der Muslimbruderschaft aber als Vorwurf und Kritik im politischen Wettbewerb einzusetzen, anstatt sich auf die weitere Organisierung zu konzentrieren, um gegebenenfalls dadurch die Einflusschancen auf den Reformprozess zu erhöhen, muss als vertane Chance gewertet werden, die politischen Möglichkeitsstrukturen zu ihren Gunsten zu verändern.

Der Muslimbruderschaft wird sogar vorgeworfen, ihr politisches Kapital bei den ärmeren Schichten dazu ausgenutzt zu haben, diese zur Wahl ihrer Parteieugründung Freiheits- und Gerechtigkeitspartei zu animieren (Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 10). Ein etwas merkwürdig anmutender Vorwurf gegenüber einer Organisation, die sich im politischen Wettbewerb befindet und vorhandene Kanäle legal einsetzt, um ihren Einfluss bei Wählerschichten in politische Einflussmacht umzuwandeln. Die organisationalen Versäumnisse ziehen sich durch das gesamte Spektrum ägyptischer Parteipolitik nach Mubarak (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 48).

Es liegt nahe, hier ein Beziehungsgeflecht von interdependenten, systemischen, organisationssoziologischen wie handlungstheoretischen Faktoren zu vermuten: Die schnell sich wandelnde und widersprüchliche politische Situation, damit verbundene Unsicherheiten, mangelnde Erfahrung, daraus resultierende Konflikte, unklare programmatische wie satzungsrechtliche Konfigurationen, die zu einer Unklarheit der Organisationsstruktur führten, das Fehlen einer konstruktiven postrevolutionären Vision, intransparente, informale und von oben oktroyierte Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, kaum vorhandene interorganisatorische Kommunikation – auch zwischen schwach institutionalisierten Netzwerken – sowie das reflexhafte Projizieren ursächlich eigener Versäumnisse auf die starke Präsenz der Muslimbruderschaft in der politischen Arena führten zu einer Beeinträchtigung von Entscheidungsprozessen, die »Simultaneität der Prozesse verhindert[e] systematisch evolutionäre Lern- oder Reifungsprozesse im Zuge der Transformationen« (Merkel/Saliba 2015: 522).

Auffällig bleibt, dass das Organisieren als Tätigkeit den Parteien schwerer fiel, als die Mobilisierung. Die organisationssoziologische Weisheit, wonach *less mobilizing, more organizing* in vielen Situationen zielführender ist, trifft gewiss auch hier zu. Fluide Parteistrukturen und Netzwerke sind per se nicht ineffizient oder kontraproduktiv. In einem dynamischen Transitionsprozess, in welchem es um die Verbindung von Druck (Straßenpolitik) und institutionalisierter Politik geht, können solche Strukturen sogar von Vorteil sein. Mehr noch: In einer hybriden politischen Situation, ist eine solche Struktur sogar zu erwarten. Doch auch hier gilt, dass programmatische Aspirationen und Output-Orientierung in einem klaren und nachvollziehbaren Verhältnis zur Struktur der Partei stehen müssen, die in

nicht unerheblichem Ausmaß von Umweltfaktoren mitbestimmt wird (Endruweit 2004: 29). Linke Parteien wie die Volksallianz oder die liberale Programmpartei²⁵ der Freien Ägypter müssen – theoretisch²⁶ – nicht so viele inhaltliche Heterogenitäten integrieren, wie etwa eine Dustur-Partei, die mittels ihres Vorsitzenden den Anspruch erhebt, das Land zu führen.

Die Tatsache, dass diese Organisationen in kurzer Zeit sehr viele Menschen mobilisieren und Mitglieder rekrutieren konnten, jedoch später viele Mitglieder verloren haben, deutet eher auf Probleme bei den Parteien hin, die strukturellen Verschränkungen zu verstehen, die zwischen den Aktivist*innennetzwerken und ihnen selbst, die zu einem großen Teil aus diesen Netzwerken ihre aktiven Mitglieder rekrutierten, bestanden. Mit anderen Worten: Netzwerke des Protests und Parteien sind personell betrachtet eine Entität. Die Organisationsgrenzen waren in diesem Bereich immer fließend und nie abgeschlossen, auch wenn es formale Kriterien des Eintritts und Austritts bei vielen Parteien gab (Scott 1986 [1981]: 41). Für die Legitimität der Parteien von größerer Bedeutung ist, politisches Kapital aus den existierenden Vernetzungen zu schlagen, indem man diesen Protest programmatisch kanalisiert – Größe, Struktur und Form der Parteien(-Netzwerke) sind dann, etwas überspitzt formuliert, lediglich eine Funktion der Programmatik und dann effizient, wenn sie die Ziele des Protests erfüllen.

Eindrückliches Beispiel für mangelndes Verständnis dieses Zusammenhangs ist das Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei, die zuerst 5000 Unterschriften für die Parteienregistrierung einholte, dies aber nicht mit einem Mitgliedsantrag verband. Stattdessen habe man nach der erfolgten Registrierung, die als »abgeschlossene Angelegenheit« betrachtet wurde, gesagt: »Lasst uns das Organisieren [der Parteistruktur] nochmal wiederholen« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 42).

Die linke Volksallianz versuchte über gemeinsame Aktionen und Solidarisierungen mit Anliegen von organisierten Arbeiter*innen, Vernetzungen zu institutionalisieren bzw. Arbeiter*innen in die Partei zu holen:

»Wir haben die Idee von Arbeiter*innenprotesten unterstützt, die Gewerkschaften, wir haben versucht, uns damit zu vermischen. Aber meistens waren wir außen vor, weil wir in der Partei keine Mitglieder hatten, die auch in einer Gewerkschaft waren. Zu Zeiten konnten wir in eine Gewerkschaft reinkommen, wenn Leute einen Streik abhielten etwa, dann haben wir versucht sie zu unterstützen, sie kennenzulernen, für sie eine Pressekonferenz abzuhalten. Wir haben spezialisierte Menschen, die unabhängige Gewerkschaften aufbauen. Manchmal konnten wir

25 Diese Formulierung geht vom Anspruch der Partei aus, und nicht von der Realität eines relativ dünnen Programms.

26 Dass dies in der Praxis oftmals anders ist, haben die Beispiele der Sozialistischen Volksallianz, aber auch der Sozialdemokraten gezeigt.

bei diesen Gelegenheiten einen oder zwei zu uns in die Partei holen. Das ist passiert. Das ist natürlich ein Gewinn, jemand der gar nicht politisiert ist, aber ein aktivistischer Arbeiter oder eine aktivistische Arbeiterin ist.« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 36)

Gleichwohl muss betont werden, dass dies keine systematischen Versuche der Parteiorganisation waren, sondern Einzelfälle. Zu oft allerdings, wurde das Pferd von hinten aufgezäumt: Junge Aktivist*innen wollten eine Partei gründen, ihre Netzwerke in die Politik tragen, also sprachen sie mit bekannten Persönlichkeiten wie z.B. mit al-Baradei (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 7, 9). Was die Dustur-Partei zu viel an personaler Führung hatte, die bisweilen an einen Personenkult gekoppelt war, führte an anderer Stelle ein Mangel an Führungskadern und Führungspersönlichkeiten dazu, dass die Revolution hohl blieb und von ihren Gegnern leicht gekapert werden konnte (vgl. auch Bayat 2017: 2; vgl. auch Tufekci 2011):

»[...] Als die Revolution ausbrach, behaupteten sie [Revolutionäre], dass die Revolution keinen Anführer hat. Aus meiner Sicht, war das der einzige Fehler der Revolution. Und das war für jeden, der sich als politisch bezeichnet und im System verankert war, die Möglichkeit, auf den Zug aufzuspringen und sie anzuführen [gemeint sind system- und mubaraktreue Menschen]. Warum? Um eine Revolution zu machen – das ist meine Meinung – um eine Revolution zu machen, Du beseitigst ja eine Ordnung (*nizam*), brauchst Du eine starke Ordnung, die an die Stelle der alten Ordnung tritt. Wenn die Ordnung nicht adäquat ersetzt wird, dann übergibst Du sie [Revolution] dem Chaos. Du hast jedem, der eine bestimmte [politische] Kultur hat [d.h. Regimeanhänger*innen], ermöglicht, diese in der Realität auch anzuwenden [also auf die Revolution]. Das ist in Wirklichkeit mit der ägyptischen Revolution passiert. Sie ist ausgebrochen und sie hatte nichts als ein paar edle Gedanken. Menschen, die ihr Land verändern wollten, die gesehen haben, dass die Situation für ein Land so groß wie Ägypten nicht angemessen ist, mit den Reichtümern Ägyptens, seiner Zivilisation und Kultur.« (Interview – Moumentspartei, 2016: Absatz 11)

Zwar geht die Netzwerkforschung in ihren Modellen von heterarchischen, flachen Strukturen aus, die auch polyzentrisch angelegt sein können, um effizient zu sein (Kap. II-6). Jedoch weist diese Aussage darüber hinaus auf den Zusammenhang von Hierarchie, Reichweite (offen/geschlossen), Verknüpfung (formal/informal) und davon abhängigem Programm hin: Außer einigen Slogans nach Veränderung, hatte die Revolution an programmatischer Dichte wenig anzubieten (Kap. IV-10.2). Dies ist selbst für schwach konsolidierte, informale Netzwerkstrukturen zu wenig, um organisierbare Interessen, Spezialbedürfnisse einer Gruppe zu bündeln und zu repräsentieren (Kap. IV-10.5). Vielmehr muss man diese Form der Mobilisierung

als kampagnenartige Mobilisierung fassen, die kurzfristig Strukturen etabliert, um anlassbezogen, schnell aktiviert werden zu können.²⁷ Politische Prinzipien und Ziele müssen organisational formuliert werden, »es ist kein Ziel, dass eine Person [Mubarak] gehen soll« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 132). Beissinger hat diese heterogenen Allianzen, die sich nur in der Ablehnung eines Herrschers einig sind, treffend als »negative Koalitionen« (*negative coalitions*) bezeichnet (2013).

Ex negativo funktionieren *nachhaltige* Mobilisierung, Herstellung von kollektiven politischen Identitäten und Organisierung von Interessen nicht. Mit anderen Worten: Ideologie *und* Struktur müssen gegeben sein und in einem funktionalen Verhältnis zueinander stehen, um einer Organisation Konfliktfähigkeit zu verleihen.

Zwar ist der quasi unverbindliche Charakter der Parteien für Viele ein Vorteil und die Organisation kann sehr schnell wachsen (was bei Vielen zu Beginn der Fall war), flexibel auf Ereignisse reagieren sowie innovative Repertoires anwenden. Doch wie die bisherige Analyse gezeigt hat, ist der Verbleib im Politischen, in der nicht-institutionalisierten Konfliktaustragung außerhalb der Institutionen anfällig für Konterstrategien der Regimekoalition, für Ermüdungserscheinungen bei den Menschen (schnelle Demobilisierung und faktischer Zerfall der Organisation, Vertrauensverlust in die Organisation), die sich Stabilität und Sicherheit im Alltag und für die Ökonomie wünschen (Ausbleiben von Touristen, Arbeitslosigkeit, Versorgung mit Gütern des Alltags) sowie für scheinbar endlose Debatten um politische Identitäten und Programme (vgl. auch Bayat 2017: 13).

Ein letzter Faktor, der bei der Konsolidierung der entstehenden Parteiapparate eine Rolle spielte, ist als Egoismus, mangelndes Verständnis für die Bedeutung von Parteien und letztendlich als *Organisationsverweigerung* zu beschreiben: Es war zu beobachten, dass Parteiarbeit per se nicht wichtig war, dass das Sammeln von Erfahrungen im Vordergrund stand, um *persönlich* davon zu profitieren, um diese Erfahrung anderweitig einsetzen zu können (Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 6; Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 10-14). Was uns in der Form des Problems doppelter, sich widerstreitender Loyalitäten begegnete, tritt hier in ähnlicher Weise in Erscheinung und wirkte sich negativ auf die Organisierung konsolidierter Interessenorganisationen aus: Die Ablehnung innerhalb von Parteiorganen arbeiten zu wollen, weil man weiterhin an der Basis, d.h. in sozialen Bewegungen aktiv bleiben will (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 142).

27 In diesem Sinne sind der revolutionäre Aufbruch und die Netzwerkarbeit, die danach erfolgte eher mit Organisationen und deren Kampagnen wie Greenpeace zu vergleichen, die keine feste Mitgliederstruktur haben, jedoch punktuell hohe Mobilisierungsgrade erreichen können.

Der Gegensatz, der zwischen Basisarbeit und institutionalisierter Form von Partizipation *innerhalb* eines Parteiapparats konstruiert wird, bestätigt den Befund, dass die Revolution eine Art Eventcharakter und Unverbindlichkeit hatte. Auch negiert dieser konstruierte Gegensatz, dass die entstehenden Parteien im Prinzip Netzwerke von Netzwerken waren. Diese Perspektive führt dazu, dass entstehende Strukturen nicht nachhaltig sind, und keine Bindung erzeugen. Das Politische hatte Vorrang vor der Politik, vielleicht weil man sich frei und in scharfem Gegensatz zum Regime äußern konnte? Nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft, in denen das Politische verschüttet war, ist das zumindest plausibel. Dennoch bedeutet der häufige Verbleib im Politischen, die bewusste nicht-Partizipation an und der nicht-Übergang in die institutionalisierte Politik, die Abkehr sowohl von konsensuell orientierter liberal-demokratischer Politik als auch von einem konflikttheoretisch gedachten, konfliktiv konstruierten Übergang in einen agonistischen Pluralismus, dessen Merkmal der unaufgehobene Konflikt ist, eine Schwächung organisationaler Strukturen und davon abhängiger, nachhaltiger Konfliktfähigkeit. Denn für beide Formen der Politik sind organisationale Interessenvertretungen essentiell. Die Übergänge und Überlappungen von Netzwerken und Mitgliedschaften, die sich auf dem Tahrir-Platz und darüber hinaus konstituiert haben, blieben brüchig, instabil. Der Zusammenhang zwischen Straßenpolitik und institutionalisierten Formen von Politik, die Arbeit von Pressure Groups auf der Straße und Parteien wurde nicht zielführend koordiniert:

»In these coalitions not only there were revolutionary groups, but also political parties were part of these coalitions. So, in a way, you had the revolutionary groups that were the ones more like street-specialized and you had the political parties, who were then having this role of doing the political part of the game. [...] That was the game, the game was the activist-groups, the revolutionary groups, they are the street-power that do the pressure, so that then the political groups can do the transformation, the political victory. So we pressure, you transform, pressure, transform. It didn't happen that way, but that was the objective, of course, of course.« (Ebd.: Absatz 101)

Die Kriterien von Netzwerkorganisationen lassen sich deswegen nur bedingt anwenden, da sie für formalisierte Organisationen und Zusammenschlüsse entwickelt wurden. Auch auf dieser Ebene werden die theoretischen Erwartungen nur zum Teil erfüllt.

Dies kann einerseits als Ausdruck mangelhaft ausgeprägter ideologischer Bindung interpretiert werden, die in einer mangelhaften ideologischen Artikulation und Klarheit der Parteien gründet. Thesenhaft kann man von der Annahme ausgehen, dass politische Legitimität, Glaubwürdigkeit und politische Identität nicht ausreichend vorhanden waren, um politisierte Personen an eine Partei zu binden. Außerdem muss zumindest in Betracht gezogen werden, dass auch dreißig Jahre

Monopolstatus der herrschenden Nationaldemokratischen Partei dazu beigetragen haben, politischen Parteien zunächst mit Misstrauen zu begegnen. Den Parteien haftete noch immer das Image der korrupten Organisationen unter Mubarak an, die nicht die Interessen der Menschen, sondern nur eigene Interessen verfolgen würden (Interview – Uni Cairo Aktivist, 2017: Absatz 37). Straßenpolitik hingegen war unbelastet vom Vorwurf der Korruption und der Vorteilnahme.

Drittens gilt zu bedenken, dass das Modell einer mitgliederbasierten Massenorganisation mit verbindlicher Zugehörigkeit und regelmäßigen Treffen, wie es etwa bei deutschen Parteien der Fall ist, im internationalen Vergleich eher die Ausnahme als die Regel darstellt. Auch wenn die Form ägyptischer Parteien diesem Modell nicht eindeutig entsprach, so tendierten sie zumindest vom Anspruch her in diese Richtung. Thesenhaft und vorläufig muss festgehalten werden, dass den Parteien die Fähigkeiten abgingen, sich als entwicklungsfähige, gute Alternative bzw. Fortsetzung der Basisarbeit zu präsentieren, die diese lediglich in institutionalisierterem Rahmen fortführen würden.

Was fehlte, war die Überzeugung auf Aktivist*innenseite, dass die individuelle Betätigung in neuen Parteiorganisationen zu einer Verbesserung ihrer Organisationsstruktur und zu einer effizienteren Koordination mit den revolutionären Gruppen auf der Straße führen würde sowie letztlich zu einer Verbesserung der eigenen politischen und sozialen Position. Mangelnde Verfügungsgewalt über Ressourcen, die fehlende Aussicht auf Möglichkeiten der Einflussnahme durch junge Menschen innerhalb der neuen Parteien sowie positive Erfahrungen in anderen Zusammenhängen spielten ineinander hinein und führten letztlich zur Entscheidung, sich nicht weiter in festeren Organisationen zu engagieren. Der Diskurs ist stark von enttäuschten Erwartungen auf vielen Ebenen gekennzeichnet. Das Spiel hatte zwar Regeln, diese wichen aber von einer subjektiv imaginierten, neuen Norm ab oder wurden nur defizitär von den Beteiligten umgesetzt.

11.7 Zwischenfazit

Das Theorem der netzwerkartigen Parteien, die nur schwach konsolidiert sind, aus einem festeren organisatorischen Kern bestehen und ein großes, fluides Umfeld besitzen, lässt sich paradoxerweise zugleich bestätigen und nicht bestätigen. Gemessen an ihren Kriterien (formalisierte Strukturen und Verfahren, (flache) Hierarchien, Arbeitsteilung, Rollen/Funktionen etc.) gab es zwar Versuche, Organisationsstrukturen einzuführen, die auf Regelmäßigkeit und Verbindlichkeit abzielten. Jedoch blieb es weitgehend bei dem Versuch. Vielmehr muss von einem bestenfalls oberflächlich-formalistisch entwickelten Verständnis hinsichtlich demokratischer Verfahren und Normen gesprochen werden, das sich in den Strukturen der Parteien widerspiegelte.

Programme, Satzungen, vertikale und horizontale Gliederungen der Parteien sind zumeist nur in Ansätzen zu erkennen. Auch das Ideal der innerparteilichen Demokratie wurde im Prinzip nie erreicht. Zwar gab es von verschiedenen Akteur*innen Versuche, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse von unten zu initiieren, jedoch blieb es oftmals bei dem Versuch.

Verantwortlich für die nur unzulänglich erfüllten Kriterien organisationaler Konsolidierung sind interne Prozesse und institutionelle Rahmenbedingungen, denen die Parteien unterworfen waren: In den Organisationen selbst ist ein Übergewicht elitärer Entscheidungs- und Funktionsträger gegenüber Graswurzelementen zu beobachten. Hergebrachte Formen der Politik (Klientelismus, Personalismus) gingen einher mit einem organisatorischen Kern, der allzu oft aus älteren Männern bestand, die politisch unter Mubarak oder Sadat sozialisiert wurden und es gewohnt waren, Dinge im kleinen Kreis zu regeln, informal und innerhalb bewährter Netzwerke.

Dieses Vorgehen stand in scharfem Kontrast zur jungen Generation, zu den Trägern des Protests, die andere Wege der Aushandlung und Entscheidungsfindung erproben wollten. Damit setzte sich der Generationenkonflikt aus der Mubarak-Zeit nahtlos in den neu gegründeten Parteien fort.

Dies wirkte sich sowohl auf inhaltliche Fragen als auch auf die Strukturen der neuen Parteien aus. In der Programmatik blieben sie oft schwach, zum Teil ununterscheidbar. Prinzipienklärungen, bestehend aus wenigen Seiten waren die Regel. Allzu oft ersetzten hohle Phrasen programmatische Visionen. Klare Ideen, die auf eine langfristige Vision für das Land bauten, blieben oftmals hinter machtpolitischen Ambitionen und innerparteilichen Kämpfen um die je richtige Deutungshoheit über Ereignisse und organisationale Entwicklungen zurück.

Satzungen der Parteien waren häufig nicht vorhanden, oder lediglich Tinte auf Papier, da die informale Strukturen dominanter und verbindlicher waren, als die in der Satzung festgeschriebenen Verfahrensregeln. Die Parallelität der Strukturen führte zu Loyalitätskonflikten, schwacher Organisationsbindung und in Summe zu schwachen Organisationen. Mechanismen der Durchsetzung oder Sanktionierung waren entweder nicht vorhanden oder blieben bei großen Konflikten wirkungslos.

Zugleich behinderten die institutionellen Verfahrensregeln des post-revolutionären politischen Systems den Aufbau von funktionierenden Organisationen. Der herrschende Militärрат setzte seine Machposition und das institutionelle Gefüge geschickt ein, um eine nachhaltige Organisationsentwicklung zu verhindern. Hier

ist das neu verabschiedete Parteiengesetz zu nennen²⁸, dessen wichtigste Neuerung Verfahrensregeln für die Gründung neuer Parteien festlegte:

»A notice shall be sent to the Political Parties Committee accompanied by the certified signatures of at least 5000 founders from a minimum of 10 governorates, with a minimum of 300 members from each governorate. The party's statutes and other documentation shall also be sent to the Political Parties Committee. The latter shall make its decision with respect to the notice within fifteen days.« (Abdel Wahab, Mohamed S. E. 2012)

Die vorgegebene Reihenfolge führte zwangsläufig dazu, dass Prozesse der programmatischen Ausrichtung, der politischen Identitätsbildung, der Willensbildung und schließlich der Konsolidierung von den Füßen auf den Kopf gestellt wurden. Die Parteien, die sich im Frühjahr und Sommer des Jahres 2011 gegründet hatten, beklagten, dass sie für die Erfüllung dieser Vorgaben gezwungen waren, dem Willensbildungsprozess vorgreifen zu müssen und die prospektiven Mitglieder vor vollendete Tatsachen zu stellen, weil die Parlamentswahlen im Winter der Jahre 2011/2012 anstanden. Auch waren die organisationalen Kapazitäten zu einem solch frühen Zeitpunkt im Transitionsprozess noch nicht vorhanden, um den gesetzgeberischen Bestimmungen immer in vollem Umfang nachkommen zu können.

Ein Nachholen dieser Prozesse war oftmals schwierig bis unmöglich, weil die laufenden Ereignisse kaum Raum für innerparteiliche Aufbauarbeit ließen. Die folgenden Konflikte in den Parteien führten zu z.T. erbitterten Auseinandersetzungen um den politischen Kurs, zu Spaltungen und Brüchen, die wegen der mangelhaften Ausarbeitung der Satzungen nicht moderiert werden konnten. Ein organisationaler Teufelskreis, aus dem die meisten Parteiakteur*innen keinen Ausweg fanden.

Des Weiteren ist zu konstatieren, dass die Gleichzeitigkeit von autoritären Strukturelementen eher informaler Art und formal-liberalen Elementen des neuen politischen Systems sich in den neuen Organisationen wiederfand. Ein nahtloser Übergang von einem autoritären System hin zu einem liberal-parlamentarischen Modell war in Ägypten aufgrund der autoritären Persistenz in vielen Institutionen und polit-kulturellen Kontexten *erwartungsgemäß* zu keinem Zeitpunkt gegeben. Mehr noch: Eine Paradoxie des Transitionsprozesses manifestierte sich in der kollektiven Erwartung der Revolutionäre, das politische System (Institutionen, Parteien) schnell zu ihren Gunsten verändern zu können, während die andauernde

28 Das im Frühjahr 2011 verabschiedete Parteiengesetz basiert auf dem Gesetz Nr. 40 aus dem Jahr 1970, welches vor allem zum Gegenstand hatte, die Bildung religiöser Parteien zu verbieten, so dass der säkulare Charakter des Parteiensystems erhalten bleibe, vgl. Abdel Wahab, Mohamed S. E. (2012).

Unsicherheit (Ökonomie, öffentliche Sicherheit), Streiks, Demonstrationen und Sit-ins kurzfristig das Gegenteil bewirkten.

Die Hybridität des politischen Systems wirkte sich somit massiv auf die Organisation der Parteien aus. Wie in Kapitel I-2.3.1 beschrieben, liegt es deswegen nahe, im Falle Ägyptens von einem neopatrimonialen Mehrparteiensystem zu sprechen. Die von v. Beyme aufgestellten Kriterien für ein funktionales Parteiensystem in einem Transitionsprozess, also etwa eine klare Cleavage-Struktur, eine Trennung von territorialer und funktionaler Interessenrepräsentation, ein Rückgang des Faktionalismus oder Koalitionsbildung konnten nur teilweise erfüllt werden (1997: 34).

Wie gezeigt werden konnte, waren die daraus resultierenden Konflikte strukturell bedingt, zum Teil resultierten sie aber aus inhaltlichen Fragen, die wiederum eng mit der defizitären strukturellen Konfiguration der Organisationen verknüpft waren. Schwach konsolidierte politische Parteien sind in Transformationsprozessen eine plausible und triviale Erscheinung. Ägyptische Parteien bilden da keine Ausnahme. Was jedoch verblüfft, ist das Ausmaß der offenbaren Unfähigkeit, eigene Erwartungen mit gesellschaftlichen Erwartungen sowie politischen Erfordernissen und Möglichkeiten auf Seiten der Opposition in Einklang zu bringen.

Gelungenes Organisieren der Organisation setzt voraus, dass klare Erwartungen, Ziele und Programme formuliert werden, selbst wenn es sich um schwach konsolidierte, netzwerkartige Organisationen mit flachen Hierarchien und offener Struktur handelt. Ohne diese Kriterien zu erfüllen, bleiben (angestrebte) Strukturen und auch Handlungsstrategien diffus. Wie wir sehen konnten, war dies bei vielen der untersuchten Parteien der Fall: Umstrittene Loyalitäten, kaum vorhandene Verbindlichkeit und multiple Gruppenzugehörigkeiten standen oft im Fokus von organisationalen Konflikten, auch weil keine Klarheit über die Mitgliederstrukturen herrschte. Dass Aktivist*innen sowohl *auf der Straße* als auch in Parteien tätig sein konnten, ja mussten, um den Nexus zwischen Protest und Politik herzustellen und zu verstetigen, blieb im gesamten Untersuchungszeitraum ein ungelöster Konflikt. Es gab auf beiden Seiten – Aktivist*innen wie Parteien – keine Vorstellung darüber, wie dieses Verhältnis nachhaltig institutionalisiert und nutzbar gemacht werden konnte.

Thesenhaft muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass das Politische des Protests nicht überführt wurde in Politik: Holzschnittartige Vorstellungen über Revolution und Parteipolitik verhinderten, dass die in realiter sich überlappenden Netzwerke und Organisationen als im Prinzip einheitliche (von den Zielen her gedacht), aber in der Substanz (Identitäten, Programme und Strukturen) durchaus differente Entitäten wahrgenommen wurden.

Hinsichtlich ihrer Säkularität, dem entscheidenden Differenzkriterium der Parteien gegenüber islamisch sich legitimierenden Parteien, fällt auf, dass alle untersuchten Parteien auf einem diffusen Säkularismus bestanden – wobei nicht

einmal die Begrifflichkeit unumstritten ist – ohne diesen mit einem Narrativ oder einem politischen Programm zu füllen, das schichtübergreifend breite Teile der Bevölkerung bindet. Vielmehr waren die Parteien damit beschäftigt, sich ideologisch von der als Bedrohung empfundenen Muslimbruderschaft abzugrenzen und als die weltliche Alternative darzustellen. Dabei korrespondierte die zunehmende Intensität, mit welcher die Muslimbruderschaft *islamisiert* und verändert wurde mit der eigenen vorgeblich säkularen, demokratischen Haltung: Dort die autoritären, hierarchischen diktatorischen *Islamiten*, hier die freiheitsliebenden, rechtsstaatlichen Demokrat*innen.

Die eigene Schwäche wurde nicht mit Versäumnissen der eigenen Organisiertheit erklärt, sondern oft mit Systemattributen, auf die sie keinen Einfluss gehabt hätten – wohingegen die organisationale Stärke der Muslimbruderschaft mit deren unterstelltem Autoritarismus erklärt wurde. Die nicht-Anerkennung des *Anderen* führt zu einem Verbleib im Politischen.

Die Dringlichkeit, gesellschaftliche Brüche in pluralen Arenen der Aushandlung zu integrieren, indem man sie in Form von gegenseitig sich anerkennenden und zusammenarbeitenden Interessenaggregaten institutionalisiert, wurde nur unzureichend erkannt, die Parteien verharrten oft in einer essentialisierenden identitätspolitischen Freund-Feind Wahrnehmung. Wie die Kapitel 12 und 13 zeigen werden, litt darunter die Handlungsfähigkeit der am politischen Prozess beteiligten Akteur*innen und ermöglichte es der Regimekoalition den Rhythmus und die Richtung des Transitionsprozesses zu bestimmen.

11.7.1 Parteien im Vergleich

Hinsichtlich ihrer Struktur gab es erhebliche Unterschiede zwischen den untersuchten Parteien. Allerdings gab es kein kohärentes Muster zwischen linken, rechten oder konservativen Parteien in Bezug zu den untersuchten Kriterien. Auch taugt die Quantität und Art der empirischen Daten nicht, um eine Typologie ägyptischer Parteien zu erstellen; *dies war auch nicht das Ziel dieser Studie*. Vielmehr geht es um eine *fallweise, explorative Deskription und Veranschaulichung der Akteur*innen, um eine wissenschaftliche Grundlage für weitere Forschungen in diesem Bereich zu schaffen*. Aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen lassen sich allgemeine, wiewohl einstweilige Aussagen über die Strukturen ägyptischer Parteien treffen: Die neoliberale Partei der Freien Ägypter kann am ehesten als hinsichtlich Satzung und Programm kohärentes Gebilde bezeichnet werden. Konflikte kamen vor, wurden jedoch durch die Satzung, welche mit Hilfe der Friedrich-Naumann-Stiftung erarbeitet wurde, abgedeckt. Zu Spaltungen kam es zwar nicht, doch insgesamt blieb sie eine kleine Partei, auch weil ihre Zielgruppe eng gefasst war. Obwohl sie während des Untersuchungszeitraums gegründet wurde und sich an verschiedenen Wahlallianzen und Bündnisbildungen versuchte, ist ihre Rolle nur eingeschränkt als oppositionell zu

bezeichnen. Ihr Hauptquartier liegt direkt gegenüber der regimetreuesten Institution des Landes: Dem Innenministerium. Auch hat sie 2013 dieses Hauptquartier der Bewegung Tamarrud zur Verfügung gestellt, um gegen die herrschende Muslimbruderschaft mobilisieren zu können.

Die Sozialistische Volksallianz, die Bewegung 6. April und die Sozialdemokraten, als dem linken bzw. links-liberalen Spektrum angehörige Parteien, waren in Programmatik und Struktur sehr unterschiedlich. Konflikte und Spaltungen über den gesamten Untersuchungszeitraum prägten vor allem die beiden Parteien. Die Bewegung 6. April blieb von diesen Phänomenen verschont, weil sie eine klare ideologische Linie hatte und diese auch bei den Mitgliedern unumstritten war. Dies mag daran gelegen haben, dass die Bewegung bereits seit 2008 aktiv ist und folglich mehr Zeit hatte, ideologische Konflikte auszuräumen und einen Prozess der inneren Konsolidierung zu durchschreiten.

Die eher linksradikale Volksallianz hingegen zerbrach in mehrere Teile, weil sie von Beginn an ein Zusammenschluss mehrerer Kleinstparteien war, die äußerst disparaten politischen und organisationalen Differenzen jedoch nie überwunden werden konnten.

Die Dustur-Partei von Mohammed al-Baradei kann man als Prototyp einer Partei beschreiben, in deren Mittelpunkt nicht ein politisches Programm per se steht, sondern eine große, charismatische Führungsperson. Folglich stand und fiel die Parteiorganisation mit ihm. Nach seinem Rückzug aus der Politik in Folge des Militär-Massakers an Anhänger*innen und Demonstrant*innen der Muslimbruderschaft im August 2013, zerfiel die Parteistruktur. Sowohl hinsichtlich eines politischen Programms als auch hinsichtlich einer Satzung blieb die Partei diffus, Konflikte entbrannten zwischen jungen, revolutionär gesinnten Mitgliedern und der Parteispitze; erstere warfen der Führung vor, intransparente Entscheidungen zu fällen, die zudem nicht in ihrem Sinne seien. Die Dustur-Partei funktionierte im Prinzip wie eine Sammlungsbewegung, die sehr kurzfristig und anlassbezogen Menschen auch außerhalb des unmittelbaren Unterstützer*innen- und Anhänger*innenkreises mobilisieren konnte.

Die Kleinstpartei Monumentspartei (*as-sarh al-misriy*) kann in einem anderen Sinne als prototypisch bezeichnet werden: Gründung, Finanzierung und Aufbau entsprechen dem hergebrachten neopatrimonialen Muster, demzufolge ein vermöglicher Geschäftsmann die Partei initiiert, die Programmatik vorgibt, das Geld für die Verwaltung bereitstellt und die Netzwerke einsetzt, um seine Ziele zu erreichen. Instruktiv an diesem Beispiel ist, mit welcher Selbstverständlichkeit diese Art der Organisation sich vollzieht.

Es überrascht kaum, dass sie sehr klein, politisch unbedeutend, aber sehr stabil war. Konflikte gab es nicht, der Wille des Parteivorsitzenden war Programm, dem sich die Mitglieder unterzuordnen hatten. Dass es in einem Klima des gesellschaftlichen Aufbruchs funktionierte, hing damit zusammen, dass die Partei

sich an Netzwerke anschloss, deren Interessen deckungsgleich mit denjenigen des Vorsitzenden waren. Patriarchalismus, Klientelismus gepaart mit einem diffusen Patriotismus, von dem übrigens die meisten Parteien erfasst waren, fungierten als Platzhalter für ein Programm, das in erster Linie darauf abzielte, die Stabilität des Landes nicht zu gefährden, was eine Chiffre für den weitgehenden Erhalt des politischen und ökonomischen Status Quo ist.